



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1932

06.05.1932 (Nr. 93)

LNZ

Bremer Nationalsozialistische Zeitung Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber Kurt Thiele. Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Thiele. Geschäftsstelle und Redaktion: Papenstr. 15. Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domsheide 25878.

Die LNZ erscheint jeden Werktag u. kostet RM 1.90 frei Haus, durch die Post zugl. 36 Pf. Bestellgeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbot, Ausperrung usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Rückzahl. des Bezugspr.

Anzeigenberechnung: fliegende die 10gepaltene mm-Zeile RM 0.10 auswärts RM 0.12, im Zeitteil RM 0.50, auswärts RM 0.70, Stengelzeile RM 0.04. Sonstige kleine Anzeigen RM 0.04, Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Einzelpreis 15 Pfennig

Freitag, 6. Mai 1932 • Nummer 93

Sektion Stachhausen
Heute, 8.30 Uhr
Kaffee Büchner

Morgen, 8.30 Uhr
Werbeabend
der NSJB im „Casino“

Deutscher Sieg in Memel

S.A. bleibt verboten / Neue Organisation erlaubt

Nationalsozialistischer Präsident

Königsberg, 6. Mai. In der am Mittwoch vormittag eröffneten ersten Hauptversammlung der neu gewählten Litauischen Landwirtschaftskammer wurde Friedrich Buxtar-Benedien, der auf eine nationalsozialistische Liste in die Kammer gewählt worden ist, mit 47 Stimmen gegen 28 Stimmen für den bisherigen Präsidenten der Landwirtschaftskammer, Dr. Brandes-Althof, zum Präsidenten gewählt.

Hitler verklagt Treviranus

München, 4. Mai. Das Braune Haus in München teilt mit: „Der Reichsvereinsminister Treviranus hat anlässlich einer Rede behauptet, daß die nationalsozialistische Bewegung für die Auflösung der SA. außerordentlich dankbar sei und auch dankbar sein müsse, für die Beseitigung einer Unruhegefahr in ihren eigenen Reihen“.

Diese Behauptung eines aktiven Ministers stellt eine außerordentlich schwerwiegende Herabwürdigung des Führers der NSDAP dar, dem damit der Vortritt des Geheimnissrats an treuen Kampfgefährten gemacht wird. Adolf Hitler hat daher seinen Rechtsbeistand Dr. Hans Franz II beauftragt, gegen Treviranus Strafantrag und Verleumdungsklage einzureichen und erwartet, daß Treviranus selbstverständlich von sich aus auf die bezüglichen Regierungsparolen im Reichstag im Sinne der umgehenden Zimmunterschiedung zur Durchführung der Klage einwirken wird.

Das Zentrum in der Zwickmühle

Kube über die nationalsozialistischen Absichten

München, 5. Mai. In der nationalsozialistischen Kampfbewegung wird unter der Überschrift: „Das Zentrum in der Zwickmühle“, ein Artikel des nationalsozialistischen Kampfbüchlers Kube veröffentlicht. Es heißt darin u. a.: Die Nationalsozialisten verzichten auf ihren Anspruch, in Reich und in Preußen die Macht und die volle Verantwortung zu übernehmen, nicht. Aber erst, wenn die Zeit da sei, würden sie handeln. Die Nationalsozialisten warteten auf die Stunde, die ihnen die reife Frucht ihres Kampfes in den Schatz fallen lassen müsse.

In Preußens Sanlag würden sie die kleine Gruppe der Deutschen Volkspartei allerhöchstens behandeln, als man die nationalsozialistische Landtagsgruppe behandelt habe. Sie würden es nicht dulden, daß man die sieben deutsch-völkischen Abgeordneten zu Herrn Jungens zwingt, der so gern ernten möchte, was Hitler gesät habe. Der deutschnationalen Preußenkation würden die Nationalsozialisten mit höherer Sachlichkeit gegenüber. In ihr Sachwalter lasse man sich nicht gewinnen. Der Artikel schließt: „Unser Vorbereitungen für die schließliche Arbeit, wie für den weiteren Kampf um den Staat, sind getroffen.“

Ueberwältigender Wahlsieg der Memelländer

Memel, 5. Mai. Bei den Landtagswahlen am Mittwoch haben die memelländischen Parteien trotz litauischen Terrors und der widerrechtlichen Einbürgerung von Tausenden von Großlitauern einen überwältigenden Sieg errungen. Nach dem bisher vorliegenden Gesamtergebnis (es fehlen noch 13 kleine ländliche Bezirke) wird der neue Landtag, abgesehen von kleinen Verschiebungen, fast genau dieselbe Zusammensetzung haben wie der von den Litauern aufgelöste frühere Landtag. Von den insgesamt 29 Abgeordnetenstellen werden auf Grund der bisherigen Berechnungen auf die Landwirtschaftspartei 10–11 Sitze (früher 10), auf die Volkspartei 8 (8), auf die Sozialdemokraten 2 (4), auf die Kommunisten 3 (2) und auf die litauischen Listen zusammen 5 (5) Sitze entfallen.

Im einzelnen sieht das Ergebnis wie folgt aus:

Deutsche: abgegeb. St.	65 728	
Memell. Vp.	17 922 (1930: 13 700)	8 St.
Memell. Landw.-P.	24 442 (1930: 15 810)	11 „
Sozialdemokraten	5 114 (1930: 6 870)	2 „
Arbeiterp. (Komm.)	5 390 (1930: 2 062)	3 „
Vitauer:		
Großlitauische Volks- und Arbeiterpartei:	7 055 (1930: 1 900)	3 „
Lit. Landw.	4 906 (1930: 6 978)	2 „
Splitter:		
Hausbes.-Liste	236	0 „
Verb. d. Lit. Landw.	620	0 „

Die Wahlbeteiligung, die außerordentlich groß war, dürfte an 95 v. H. heranreichen. In einer ganzen Anzahl von Orten wählte die Bevölkerung geschlossen zu Hundert v. H. Selbst Kranke und Gebrechliche wurden auf Tragbahnen zu den Wahllokalen getragen. Das Wahlergebnis, das eine deutliche Antwort auf die litauische Gewaltpolitik darstellt, hat im ganzen Memelgebiet außerordentliche Begeisterung und Befriedigung ausgelöst.

Neue SA-Organisation im Rahmen der Notverordnung gestaltet!

Berlin, 4. Mai. Der Reichspräsident hat heute zwei Verordnungen unterzeichnet. Mit der ersten Verordnung werden alle politischen Verbände, die militärisch organisiert sind, oder sich so betätigen, der Kontrolle des Reichsministers des Innern unterstellt. Durch die zweite Verordnung sind die kommunistischen Gottlosenorganisationen mit sofortiger Wirkung für das ganze Reichsgebiet aufgelöst worden.

Nach der neuesten Notverordnung bleibt also das Verbot der SA. unberührt. Aber es darf eine neue SA-Organisation im Rahmen der Notverordnung natürlich — aufgezogen werden:

Ergebnis:

Die Regierung Brüning hat sich um ein Verbot des Reichsbanners herumgedrückt, aber die Organisation der patentierten Reichsbannertruppe wird nunmehr der verhassten SA. und SS. Hitlers gleichgestellt. Man betont zwar, daß die 2. Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Staatsautorität vom 3. Mai 1932 kein neues Verbot schaffe für solche Verbände, die früher aufgelöst worden sind. In Wirklichkeit aber bedeutet diese neue Verordnung doch die verhängnisvolle Zurücknahme der ersten, die das SA-Verbot ausprügte.

In der erwarteten Notverordnung im Zusammenhang mit dem SA-Verbot schreibt der „Völkische Beobachter“, der Kanzler habe die ungeheuerliche Selbstbeschränkung seiner letzten Notverordnungspraxis dem Sturz des Kabinetts vorgezogen in der Hoffnung, sich dadurch weiter an der Macht halten zu können. Es dürfte bezweifelt werden, ob

dieses taktische Manöver zu einem vollen Erfolg führe, denn die Stellung des Kanzlers gegenüber dem Auslande dürfte nach diesem offensichtlich Eingeständnis der Schwäche seiner Stellung nunmehr erst recht unhaltbar geworden sein, was nicht ohne Rückwirkungen auf die innerpolitische Lage bleiben könne.

Die Planlage Brünings ist so vollkommen, wie überhaupt nur denkbar. Die Staatsautorität ist unter Brüning durch die Folge von Notverordnung in solche Not geraten wie nie zuvor.

Durch die Aufhebung, die in Frankreich, Polen, Tschechien usw. über den Vorstoß der Völkischen Volkspartei (Zentrum) gegen die Reichsbannerführung entstanden ist und durch die wachsende Hitze der Feinde Deutschlands gegen die NSDAP. und Reichswehr wird der Kampf um Brüning und um die Macht in Deutschland beinahe zu einem Kampf gegen französische Herrschaft über Deutschland.

Die entsetzliche Angst der französischen Chauvinisten um Brüning und sein Kabinett bringt die derzeitige Reichsregierung in eine festsitzende Lage!

Muß Brüning jede Vlamage vor aller Welt, jede innen- und außenpolitische Niederlage hinnehmen und Frankreichs willen? Kann Brüning nicht die Konsequenzen ziehen, die jeder andere Politiker nach dem Gesetzen der Demokratie längst gezogen hätte?

Wie dem auch sei! Der Kampf gegen Brüning erscheint mit jedem Tage jedem Deutschen notwendiger und dringender!

Der Sinn der Autarkie

Gedanken zur Bremischen Waren-Clearing-Gesellschaft

Von Julius Niele

Es ist merkwürdig still geworden um die Autarkiefrage. Scheinbar greift die Erkenntnis, daß eine Umgestaltung unseres Außenhandels nicht mehr zu vermeiden ist, auf immer weitere Kreise über. Wenn man sich über den Sinn des Wortes Autarkie klar wäre, würde wahrscheinlich der Streit um diese Frage bald ganz beendet sein. Man sollte eine Kommission einsetzen, die einmal festlegte, was unter Autarkie verstanden werden soll.

Es ist selbstverständlicher Anfang, wenn die unentwegten Gegner von einem völligen Abschluß Deutschlands sprechen. Es wird wohl niemand unter den Autarkiegegnern zu finden sein, der eine derartige Forderung aufstellt. Autarkie kann nur die

Verlegung des Schwerpunktgebietes der Volkswirtschaft auf den Binnenmarkt

heißen, aber nichts anderes. Also Einstellung der Aus- und Einfuhr auf die Belange der innerdeutschen Wirtschaft, nicht aber völlige Aufgabe des Aus- und Exports.

Bei solcher Begriffsbestimmung ist es klar, daß Autarkiegegner, wenn sie von einer „finanziellen Plandwirtschaft“ sprechen, dem von der anderen Seite Gewollten viel näher sind, als sie selbst vielleicht ahnen. Verfolgt man die Handelsstellen der Zeitungen, dann wird man erstaunt sein, wie häufig von durchaus liberalistisch eingestellten Persönlichkeiten und Gremien dieser Art nach finnanziellen Plänen und Stärkung des Binnenmarktes erörtert. Selbst Minister äußerten sich bereits in folgendem Sinne, wenn sie den Schuß der Landwirtschaft verlangten und proklamierten.

Im Grunde genommen ist der ganze Streit müßig und unnütze Kraftverschwendung, denn die Dinge sind soweit gediehen, daß wir nicht mehr sie, sondern sie uns meistern. Ob wir wollen oder nicht, wir werden heute zu einer autarkischen Einstellung getrieben.

In Bremen gründete man

die Internationale Waren-Clearing-Gesellschaft. Ihre Gründer bezeichnen sie als einen Rohbehelf, um den Warenverkehr nicht vollkommen ins Stoden geraten zu lassen. Man gibt also zu, daß bereits Störungen eingetreten sind, die sich mit gewöhnlichen Mitteln nicht mehr überwinden lassen.

Wird sein, daß uns die Umstände zwingen, den Weg der Autarkie zu beschreiten.

Sehen wir uns einmal um in der Welt, so finden wir eine große Anzahl Staaten, die mit Währungsbeschwerden kämpfen und einschneidende Beschränkungen einführen. Wieder andere leiden unter der Last der Arbeitslosigkeit und erschweren die Einfuhr durch hohe Schutzschälle und Kontingente. Erst in allerletzter Zeit meldete die Tagespresse neue Zollerhöhungen in England und die Einführung weiterer Kontingente in Frankreich. Wenn aber der größte Teil der Welt sich vom Freihandel abblendet, wie soll dann Deutschland, das am schwersten unter der Weltkrise leidet, diese Wirtschaftspolitik aufrecht erhalten? Deutschland hat ein hartes Exportbedürfnis, kann es dieses nicht mehr befriedigen, weil sich die Abgänger abblenden, so muß es

Mehr Vorrat zu zwingen vermögen, das eigene Importbedürfnis in Deutschland zu decken. Die Ausübung eines solchen Zwanges ist denkbar durch, daß sich Deutschland ebenfalls abkündigt und Waren nur aus denjenigen Ländern einführt, die sich ihrerseits bereit erklären, auch deutsche Erzeugnisse zu kaufen und in ihr eigenes Land hineinzuführen.

Die Waren-Clearing-Gesellschaft faßt dieses Problem nur von der einen Seite an, nämlich von der Währung, d. h. sie will versuchen, den Außenhandel in der bisherigen Form soviel wie möglich aufrecht zu erhalten. Das Grundproblem, die einseitige Verteilung des Goldes, die Überproduktion, die Arbeitslosigkeit und alle Folgeerscheinungen, bleibt und wird unberührt bleiben. Es würde auch weit über den Rahmen und die Kraft einer Privatgesellschaft hinausgehen, diese Fragen behandeln zu wollen. Die Clearing-Gesellschaft greift also nur eine Abgrenzung der allgemeinen Krise an, sucht diese in ihrer Wirkung zu eliminieren, ohne den Dingen auf den Grund zu gehen. Wenn man sich darüber klar ist, wird man von selbst dazu kommen, alle auch noch geäußerten Erwartungen zu beugen. Dieser Ratseffekt kann Zeiterfolge erringen, eine weltliche Besserung ist ausgeschlossen.

Wenn es nun auch grundverfehlt wäre, die Clearing-Gesellschaft aus dieser Erkenntnis heraus grundsätzlich abzulehnen, so wird es doch möglich sein, ihr Gut und Böses einmal abzuwägen. Daß sie es wird ermöglichen können, manches Außenhandelsgeschäft durchzuführen, welches unter den heutigen Verhältnissen sonst unmöglich wäre, betrachten wir als bestehende Tatsache. Dies ist an sich schon ein großes Plus. Es wurde aber schon gesagt, daß die Beteiligungen, welche sich in der Clearing-Gesellschaft verformen, sich in erster Linie gegen die Währungs- und Wirtschaftskrisen wenden. Abgesehen davon, daß es fraglich erscheinen muß, ob eine ausländische Regierung sich auf die Vorstellungen einer Privatgesellschaft hin dazu verstehen wird, gegen ihre eigenen Devisenregeln zu verstoßen, muß die Minderwirkung des Exports auf Clearing-konten auf die deutschen Währungsverhältnisse sehr stark in Betracht gezogen werden. Die Reichsbank braucht sehr dringend die aus dem Export anfallenden Devisen, denn nur sie bilden das Gegengewicht für die ständigen Gold- und Devisenverluste. Allerdings würde eine Umstellung des Außenhandels auf Clearingkonten die Reichsbank von der Notwendigkeit, für die deutsche Einfuhr Devisen bereitstellen zu müssen, entheben, da die eingeführten Waren mit ausgeführten bezahlt werden. Aber leider erstreckt sich die deutschen Zahlungsvorgänge nicht nur auf Warenimporte, sondern auch auf Finanzierungen usw., ganz abgesehen von den Reparationsverpflichtungen. Die Abichten der Clearing-Gesellschaft betreffen also sehr intensiv das Währungsproblem, und es ist eigentlich nicht anzunehmen, daß die Reichsbank über diese Beteiligungen sehr erfreut ist. Hier liegt eine sehr

bedenkliche Schwäche der Bremer Idee, deren Erkenntnis zu dem Schluß führen müßte, daß der an sich gesunde Gedanke nur in Verbindung mit weiteren, grundlegenden Umkehrungen, die aber nur zentral und durch die Autorität des Staates denkbar wären, zu verwirklichen sei. Eine weitere Schwäche der privaten Clearing-Gesellschaft ist, daß sie auf die Lage des Arbeitsmarktes keine Rücksicht nehmen kann. Da sie im privatwirtschaftlichen Sinne arbeitet, wird sie das Bestreben haben, möglichst viel zu exportieren. Da diese Exporte aber wieder durch Importe gedeckt werden müssen, besteht die Gefahr, daß volkswirtschaftlich unnütze und nutzlose Importe geschaffen werden, eben um auf der anderen Seite exportieren zu können. Diese unnützen Importe können natürlich außerordentlich ungünstig auf den innerdeutschen Arbeitsmarkt wirken.

Ein dritter zu beachtender Punkt ist, daß man bislang in Deutschland den größten Wert auf eine altäre Handelsbilanz legte, während ein Clearingssystem theoretisch nur eine ausgeglichene Bilanz zur Folge haben kann. Auf der einen Seite ist dies ein Vorteil, auf der anderen ein schwerer Nachteil, der nur ertragen werden kann, wenn entsprechende Voraussetzungen geschaffen werden.

So sehr das Clearing im Auge der Zeit liegt, und so richtig es ist, den Handel und alle seine Einrichtungen der Privatinitiative überlassen zu wollen, müssen Ermägung, wie sie in diesen Zeiten angelegt werden, doch zu dem Resultat führen, daß auf speziellem Sachgebiet zu große und weitreichende Aufgaben gelöst werden müssen, als daß man sie privaten Kräften überlassen könnte. Solange die Clearing-Gesellschaft keinen staatlichen, zentralen Rückhalt und keine einheitliche staatliche Planung erhält, wird sie im wahren Sinne des Wortes ein Notbehelf bleiben, dessen Auswirkungen nicht groß, unter Umständen aber sogar gefährlich sein können.

Die Grundidee ist richtig, und symptomatisch für die Zeit und die kommende Entwicklung ist die Errichtung der Gesellschaft. Die größte Wert wird aber nur darin liegen, daß sie Erfahrungen sammeln wird, die eine Entwicklung in dem angegebenen Sinne beschleunigen können.

Simmat tritt ohne Vertrauensfrage zurück

München, 6. Mai. In einer Unterredung mit dem Vertreter der Telegraphen-Union teilte der Präsident des zur Zeit amtierenden großdeutschen Direktoriums, Simmat, auf die Frage, welche Forderungen er aus dem Ergebnis der Wahlen ziehen werde, mit, daß er zurücktreten werde, ohne sich dem Landtag zur Vertrauensfrage zu stellen. Zu welchem Zeitpunkt das geschehe, sei noch nicht fest. Er werde jedenfalls die Geschäfte weiterführen, bis ein neues Direkt-

torium gebildet sei. Im Falle einer schließlichen Mehrheit der Volkspartei und der Landwirtschafspartei würde er versucht haben, weiter zu regieren. Da aber die Mehrheitsparteien nach seiner Ansicht mit 20 von 29 Mandaten in den neuen Landtag einzuziehen würden, so sei sein Entschluß fest. Schließlich gab Simmat zu, daß ihn das Ergebnis doch außerordentlich überrascht hätte.

Kleine Politik

Einer amtlichen Mitteilung zufolge ist das Waffenstillstandsabkommen zwischen China und Japan unterzeichnet worden, wonach die Feindseligkeiten in Shanghai eingestellt werden. Der frühere Ministerpräsident Poincaré hat in Straßburg einem Pressevertreter eine Unterredung gewährt, in der er die aufsehernde Festhaltung machte, daß die französischen Parteien sich untereinander einigen sollten, da der Weltkrieg noch gar nicht beendet sei.

Macdonald wurde am Donnerstag am rechten Auge wegen grünen Stars operiert. Die Operation ist erfolgreich verlaufen.

In den letzten Kreisen der Abrüstungskonferenz in Genf macht sich zunehmend die französische Verschleppungsstatistik geltend.

Der amerikanische Unterstaatssekretär Castle übte in einer Rede an der Völkerbundspolitischer Konferenz wegen der bekanntlich auf Betreiben Frankreichs hin erzwungenen Möglichkeit der Inhaftierung von Sanktionsmaßnahmen.

Kaiser Wilhelm gewährte einem italienischen Pressevertreter eine Unterredung, in der er sich außerordentlich anerkennend über die Person und Staatskunst Mussolinis aussprach.

Der Kronprinz, der heute seinen 50. Geburtstag feiert, fordert in einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter der Affobledet Press zu einem Appell Amerikas gegen die Kriegsschuldfrage und die Reparationen auf.

Bei einer Stahlhelmführertagung in Magdeburg sprach Bundeskanzler Brüning unter dem Leitwort: „Unser eigener Weg“ über die Politik des Stahlhelms, die sich von der Politik der Parteien und Interessengruppen abheben soll.

Bei Reichshaus hat sich am Donnerstag ein Zugunfall ereignet, wobei eine Reihe von Personen verletzt wurde.

Letzte Drahnachrichten

Jüdischer Familienmord

Gelsenkirchen, 5. Mai. Eine furchtbare Missetat ereignete sich am Donnerstag nachmittag in dem Gelsenkirchener Konfektionshaus „Danja“ am Hauptbahnhof. Spaziergänger hörten mehrere Schüsse und fanden den Gefährdeten Wimpfheimer, seinen 14-jährigen sowie 7-jährigen Sohn in ihrem Blute liegend vor. Alle hatten mehrere Verletzungen erhalten. Die Söhne sind ihren Verletzungen sehr bald erlegen. Der Zustand der anderen ist ebenfalls. Kaufmann Cohn ist ein Ge-

schäftsführer des Wimpfheimer, mit dem er auf der Straße eine Auseinandersetzung hatte, bei der Frau Wimpfheimer mit ihren beiden Kindern zugegen war. Im Verlauf der Streitigkeiten zog Cohn einen Revolver und schoß blindlings auf die Familie Wimpfheimer. Er brachte sich dann selbst eine Schußverletzung bei.

Die englische Zollverordnung vom Unterhaus angenommen

London, 6. Mai. Das Unterhaus nahm am Donnerstagabend die neue Zollverordnung mit 405 zu 70 Stimmen an. Gegen die Verordnung stimmten neben der Arbeiterorganisation 28 Liberale, darunter der Innenminister Sir Herbert Samuel, der Erziehungsminister Sir Donald Maclean, der Staatssekretär für Schottland, Sir Archibald Sinclair und der Bergwerksminister Foot. Die Simon-Liberale stimmten auf Seiten der Regierung.

Todessturz eines Fallschirmabstiegers

Paris, 6. Mai. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich am Himmelfahrtstag gelegentlich einer Flugveranstaltung auf dem Flugplatz von Bron bei Lyon. Ein junger Fallschirmabstieger, der erst kürzlich von sich reden gemacht hatte, als er mit Erfolg von einer 142 Meter hohen Brücke sprang, führte verschiedene atombombenähnliche Konstrukte in etwa 300 Meter Höhe aus, deren Schlußeffekt ein Fallschirmabstiegen bilden sollte. Die Zuschauer stellten jedoch zu ihrem Entsetzen fest, daß sich der Fallschirm nicht öffnete und der Unglückliche mit dem Rücken auf den Boden aufschlug. Jede Hilfeleistung war unnütz, da der Tod auf der Stelle eingetreten war.

Hoover fordert beschleunigten Haushalt. Washington, 6. Mai. Präsident Hoover hat auffordernd den Kongreß in einer unmissverständlichsten Weise aufgefordert, den Ausgabend des Haushalts umgehend fertigzustellen. Die Haltung des Kongresses löse im Land Furcht und Alarm aus. Hoover verlangt, daß ein umfassendes endgültiges Nationalprogramm mit weiteren Einsparungen vor dem 1. Juli fertiggestellt wird.

Nach der Operation Mac Donalds

London, 6. Mai. Nach seiner Operation am rechten Auge ist Mac Donald sehr auf Bessung zu sein, so daß er weder Hände, noch Füße bewegen kann. Mac Donald muß sich mindestens 24 Stunden ganz ruhig verhalten. Er ist ein sehr unruhiger Patient, dem die Trennung von den Staatsgeschäften außerordentlich schwer fällt.

Zweiter Lehrgang in Klassenfragen. Fortsetzung heute (Freitag), abends 20.30 Uhr, im Magdeburger Hof. Ede Weide- und Rembertstraße.

WOLFGANG MARKEN Drei-Eichen-Hof

URHEBER-RECHTSSCHUTZ: VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU IN SA.

10. Fortsetzung

„Den wollte ich von Ihnen erbitten. Ich möchte jetzt nur den Wunsch äußern, daß der Drei-Eichen-Hof mitten in seinen fünfundzwanzig Morgen liegen soll, daß wir vor allen Dingen den Morgen rechts und links, der an die Straße grenzt, mit bepflanzen.“

„Es liegt Ihnen viel daran?“

„Ich kann es nicht leugnen.“

„Sie sind eigentlich etwas unvorsichtig, Fräulein Kettler ... einem Bauer gegenüber.“

Helga lächelte wieder.

„Warum? Ich habe Vertrauen zu Ihnen, daß Sie absolut forciert, einen Namen gegenüber haben werden.“

Der alte Herr wurde rot und lachte.

„Freiwillig! Will Sie nicht über das Ohr hauen. Der Mutter Goldig war ich ja nicht gerade grün.“

Es war wegen eines Prozesses. Aber Sie können ja schließlich nichts für den Prozeß, der mich über tausend Taler gekostet hat. Also, ich bin mit dem Landauskauf einverstanden. Nur eine kleine Bedingung hätte ich.“

„Und die wäre?“

„Sie geben den schmalen Landstreifen, um den ich mit Mutter Goldig prozessiert habe, drauf.“

„Den sollen Sie haben.“

Dann traten sie in die nähere Beratung ein und wurden sich an Hand der Aktenstücke verständigt.

Helga zeigte den Vertrag auf, der dem alten Kettler alle Bodengastung abtrotzte, und mit seiner Unterschrift verließ sie Gottlieb Kettler.

Christian wollte nicht begreifen, daß Gottlieb Kettler so rasch auf den Vorschlag eingegangen war, und daß Helga nicht noch einen Morgen abgezwungen hatte.

Er machte sich eilig mit den Wädeln daran, einen Wirtschaftskaus aufzustellen: Was und wieviel man anbauen wollte, und wann begonnen werden sollte.

Sie einigten sich auf Weizen, Roggen, Hafer, Gerste, Bohnen, Tomaten und verschiedenes

andere. Ein Morgen sollte vollständig mit Stachelbeeren, Johannisbeeren und Himbeerräubern bepflanzt werden.

Sie schrieben sich alles genau auf und errechneten die Menge der Samen und Pflanzen. Anita sollte in den nächsten Tagen mit dem alten Christian nach Berlin fahren, um alles einzukaufen.

3.

Endlich kam der Frühling.

Eine Woche waren die Wädeln bereits auf dem Drei-Eichen-Hof und schafften munter, was es zu schaffen gab, da feste Tauwetter ein.

Gottlieb taute es langsam, wenn es in den Nächten auch immer wieder froh.

Aber Christian ging doch daran, ein großes Mistbeet zu bauen. Er verschaffte sich Zement und Steine und richtete sich das Mistbeet zurecht, in dem aller Samen gezogen werden sollte.

Das machte viel Mühe. Zweimal trieb die Kälte das Gebaute auseinander. Dann aber ging es langsam, und nach acht Tagen, gerade Mitte März, stand das Mistbeet mit und fertig.

Die Wädeln schafften fleißig mit; Mist und beste Erde kamen hinein, und am 16. März säten sie aus.

Am 16. März erhielt Elise Kadelmann einen Brief von ihrem Verlobten, und dieser Brief kam aus dem Hamburger Gefängnis.

Helga hatte gesehen, wie sehr Elise ätzte, als sie das Schreiben erbrochen und gelesen hatte. Sie kannte Elises Geschichte.

Sie ließ die Freundin zunächst nach ihrer Kammer gehen und sich ausruhen.

Anita hatte alles nicht ganz beobachtet und sah nur, wie die Freundin sich so plötzlich entfernte.

Erstaunt fragte sie Helga: „Was ist mit Elise?“

„Sie hat einen Brief bekommen; ich vermutete von ihrem Hans.“

Anita verstand und sagte traurig den Kopf. „Wenn man ihr doch helfen könnte!“

„Vielleicht können wir das jetzt, Anita. Ich will einmal mit ihr sprechen.“

Helga ging ins Haus und stieg die Stufen der Treppe, die nach dem Oberhof führte, hinauf. Sie trat sie in das gemeinsame Schlafzimmer. Elise, die schon, zarte Elise, saß auf ihrem Bett und weinte.

„Elise, was hast du?“ fragte Helga weich und stich der Freundin über das Haar. „Galt du schlimme Nachricht bekommen?“

„Nein“, kam es bebend aus Elises Mund. „Aber man hat meinen Hans entlassen. Er ist frei, denn man hat seine Unschuld festgestellt. Er war es nicht, der damals den tödlichen Schlag tat, sondern ein anderer. Vier Zeugen, die von einer Exzesse zurückgekommen sind, haben sich gemeldet. Ich soll ihm schreiben. Ich ... ach, ich bin so unglücklich! Ich war so froh, daß ich mit euch hierher kommen durfte, wie er ist!“

Jetzt aber ... ach, es ist so hart! Er will sich in Berlin Arbeit suchen. Wenn er auch frei ist, als Steward auf dem Schiff nehmen sie ihn nicht mehr, und er müßte es auch nicht, denn er will in meiner Nähe sein. Und ... das geht jetzt doch nicht.“

Helga lächelte gütig. „Vielleicht doch, Elise, vielleicht besser als früher.“

Elise starrte die Freundin fragend an. „Wie meinst du das?“ fragte sie lebend.

„Ich meine, liebe Elise, daß wir ein paar tüchtige Arme auf unserem Drei-Eichen-Hof wohl noch gebrauchen können.“

Elise verstand anfangs nicht, dann hieß sie hervor: „Du meinst, Hans ... soll hierherkommen?“

„Ja, ich bin damit einverstanden und Anita auch, das weiß ich. Aber eine kleine Bedingung wäre dabei, Elise, die muß ich stellen, weniger in meinem, als in deinem Interesse.“

„Was meinst du, Helga?“

„Ich müßte euch heiraten“, entgegnete Helga. „Nun glomm ein strahlendes Leuchten in Elises Augen auf, und sie umarmte die Freundin stumm.“

„Du ... ihr wollt mich ... uns zusammen behalten?“

„Warum denn nicht, liebe Elise? Unsere Freundschaft kann deswegen genau so tief und herzlich sein, meinst du das nicht? Das, was du deinem Hans geben sollst, deine ganze Frauenliebe, die können wir doch nie verlieren. Nein, Elise, ich glaube, wir werden genau so glücklich zusammen leben wie früher.“

„Ich kenne deinen Hans nur aus deinen Erzählungen, und die be-

stehen, daß er ein herzenguter, stiller, treuer Mensch ist. Auch sein Bild sagt es. Und das gibt uns eine Gewähr, daß unsere wundervolle Harmonie, die ich nie missen möchte, bestehen bleibt. Sage also, Elise, willst du ihn heiraten? Es ist das Beste.“

„Ja, ich will“, jubelte Elise auf. „Ja, ich will und auch bleibe ich immer die treue, gute Freundin. Das verspreche ich dir heilig.“

„Ich glaube es dir, Elise. Heute abend wollen wir alles beschließen. Frau Annas Wädelgründe und Häften sind so überflutet, daß wir für eine schöne Ausstattung Sorge tragen können. Verlaß dich drauf, es soll uns Freude machen, eine Hochzeit auf dem Drei-Eichen-Hof auszurichten.“

Der ehemalige Steward der Dabag, Hans Sattler, erhielt den Brief seiner Braut, als ihm vom Gefängnisdirektor die Entschädigung für die zu Unrecht erlittene Haft ausgezahlt worden war.

Mit zitternden Händen erbrach er den Brief und las.

„Liebster Hans!“

„Ich bin so glücklich, daß ich nur ein paar Zeilen schreiben kann. Du weißt, daß ich auf dem Drei-Eichen-Hof bin, den ich zu einem Viertel geerbt habe. Wir brauchen hier Deine kräftigen Arme, und ich hoffe, daß Du kommen und mit mir zusammen glücklich leben wirst. Helga verlangt nur, daß wir uns heiraten.“

Wir beginnen morgen mit meiner Ausstattung. „Liebster Hans, lege dich in den reichsten Zug, fahre nach Berlin und von dort nach Potsdam. Dort erwarte ich Dich am Bahnhof, wenn Du mit Deine Ankunft telegraphierst.“

Deine überglückliche Elise.“

Dem schwergedrückten Mann zitterten die Glieder, und Tränen traten ihm in die Augen, so daß der Gefängnisdirektor teilnehmend fragte: „Haben Sie eine schlechte Nachricht erhalten?“

Hans schüttelte den Kopf.

„Nein, nein, Herr Direktor, eine gute Nachricht. Meine Braut schreibt mir, daß ich rasch kommen soll, daß sie mich heiraten möchte. Und eine Heirat habe ich gefunden. Ich, ich habe viel gelitten hier, weil man mir ohne Schuld die Freiheit nahm, ich weiß jetzt, daß ich es rasch vergessen werde.“

(Fortsetzung folgt.)

Das Ende der Osthilfe

Die „Brennische Zeitung“ erfährt aus fester Quelle, daß die Mittel für die Frachtförderung für Ostpreußen nach Voranschlag des Reichsfiskusministeriums um 25 Pct. gekürzt werden sollen. Dieser Voranschlag ist aus dem Reichsfiskusmittel freigegeben, um die hohen Transportkosten der Güter durch Minderhaltung der Frachten zu senken. Wenn auch diese Hilfe bisher völlig ungenügend war und die ungünstige marktwirtschaftliche Lage Ostpreußens, sowie die Minderhaltung durch den Korridor, nicht wegzumachen konnte, so bedeutet doch die Verringerung dieser Hilfe einen wirtschaftlichen Schlag für Ostpreußen, der bei der verzweifeltsten Lage unserer Provinz gar nicht beantwortet werden kann.

Die Wahlen sind ja nun vorbei und man glaubt weiter mit unpopulären Mitteln vorgehen zu können. Besonders die Ostpreußen sollen nach dem Willen der Systembrecher und Parteien für ihre „Unabhängigkeit“ bei den Wahlen bestraft werden. So macht man heute „Staatspolitik“. Ein fälschlicher Klerikalismus anläßlich der Reichspräsidentenwahl, Ostpreußen müsse die Hilfe entgegennehmen, da es so unbankbar sei. Das gleiche schrieb das Organ des schlesischen Zentrums, aus dem der Reichsfiskus die Beihilfe hervorgegangen sei. Sollten diese Reflexionen dahin geführt haben, daß man tatsächlich in den Ministerien in Berlin die Dinge auf die leichte Schulter nimmt und glaubt, man könnte getrost an Ostpreußen „Hilfe“ zu Grabe tragen, noch bevor das ostpreußische Volk von dieser „Hilfe“ etwas gemerkt hat. Millionen, die im Etat auf dem Papiere als „Hilfe“ ausgewiesen sind, beweisen nichts, so lange die Tat ausbleibt.

Die Königlich (Königliche) Shell in Schwierigkeiten

Die Gerichte um die Shell und ihren derzeitigen Leiter, Sir Henry Deterding, wollen nicht verurteilen. Schon lange hieß es, daß Deterding verurteilt Silberpfeifen eingekauft sei. In Preßnotizen, an den Werten und in Zeitungen fanden neuerdings Gerichte, die von der Seite des Konzerns und von schwerwiegenden Verfehlungen seines Leiters zu berichten wußten. Ein Berliner Morgenblatt will sogar wissen, daß Deterding, als er einen Erfolg für das von ihm angestrebte Silberpfeifen-System zu sehen glaubte, sich selbst in Silberpfeifen — die inzwischen ungünstig verlaufen seien, eingelassen hat, und nun vor einem Verlust von 400 Millionen Dollar stehe.

Was sich von den einzelnen Gerichten bewahren wird, ist heute noch nicht abzusehen. Angeht es dieser ungeheuerlichen Verfehlungen erscheint jedoch die Erwiderung des Herrn Deterding, die er dem „Daily Express“ zur Veröffentlichung übergeben hat, reichlich klar. Einmal schiebt er hierin die Gerichte einer gewissen Spekulanten-Gruppe in Paris und Berlin zu, zweitens erzählt er, daß die Kassen ihn hassen und spricht schließlich von „tendenziösen Gerichten“, die unwahr sind und sofort demontiert werden sollen. Eine eindeutige Erklärung, daß er sich nicht in Silber verpfändet habe, und daß der Shell-Konzern heute noch durchwegs gesund sei, fehlt leider. Sollte diese Erklärung verfehlen?

Wir warten jedenfalls mit Spannung auf die Auffassung dieses Falles, der nach Deterdings Angaben sofort ans Tageslicht gebracht und gründlich untersucht werden soll. Offensichtlich wird die Veröffentlichung dieser Untersuchungs-ergebnisse nicht aus Versehen. Im Interesse Zehntausender von Arbeitern und Angestellten hoffen wir, daß die Gerichte tatsächlich aus irgendwelchen Gründen von gewissen Gruppen oder Interessenten in die Welt gesetzt worden sind. Nach den bisherigen Erfahrungen: Goldschmidt, Zaphen, Kagenellenbogen, Krueger usw. scheint aber immerhin eine gewisse Skepsis am Platz.

Paris will Osteuropas Bahnnetz beherrschen

Gerüchteleise verlautet, daß eine belgische Finanzgruppe sich mit dem Plan beschäftigt, die Staatsbahnen der Tschechoslowakei, Polens, Dänemarks, Litauens, Ungarns, Südwestens, Rumaniens, Bulgariens und Serbiens in der Hand einer internationalen Gesellschaft zusammenzufassen.

In einem Zeitartikel der „Wiener Neuesten Nachrichten“ bezeichnet der frühere Unterstaatssekretär des österreichischen Eisenbahnministeriums und Vizepräsident des Verwaltungsausschusses der Bundesbahnen, Endres, diese angeblich belgische Finanzgruppe als eine französische, die internationale Verwaltung, die geplant sei, als eine französische-nationale. Er weist darauf hin, daß sich die Bundesregierung auf den Rat des Völkerbundes im Herbst 1931 verpflichtet habe, den Bundesbahnen kein Zutritt mehr zu geben. Er halte diese Verpflichtung im Augenblick für unerfüllbar, weil der

Fehlbetrag der Bundesbahnen

für die nächsten Jahre schätzungsweise etwa 150 Millionen Schilling jährlich betragen werde. Die „Internationalisierung“ der Bundesbahnen habe fast dieselbe wirtschaftliche Wirkung wie der Donauplan Lardies. Eine „internationale“ Betriebsgesellschaft, deren Leitung natürlich nicht in Wien, sondern in Prag sitzen werde, hätte folgende Aufgaben: Förderung der wirtschaftlichen und politischen Interessen, Frankreichs und seiner Trabanten, Befähigung der wirtschaftlichen In-

teressen Österreichs und des Reiches. Aus diesen Gründen, meint er, müsse man jedes Mittel anwenden, um zu verhindern, daß irgendeine österreichische Regierung benutzt oder unbewußt an solchen Hochverrat mitwirke.

Für diese Pläne dürfte in der Tat eine Brüsseler Finanzgruppe in Frage kommen, die enge Beziehungen zu Pariser Finanzkreisen hat. Hinter dieser stehen wieder Persönlichkeiten der französischen Großwirtschaft, die sich im Südosten und in Polen sehr stark engagiert haben und mittels einer großen Transaktion auf der Grundlage der dortigen Verkehrsunternehmen sehr gegen ihre eingefahrenen Kredite fluttmachen möchten. In dieser Hinsicht spielt bereits die Pariser Anteilseiner der Tschechen eine große Rolle.

Die von der Londoner Donaulösung eingelegten Sachverständigen, deren Beratungen in diesen Tagen abgeschlossen wurden, wollen in ihrem Bericht eine Reihe von Garantien bezeichnen, die sie für die Gewährung einer neuen Kreditlinie für die Donauländer für unerlässlich halten. Es ist sehr wahrscheinlich, daß in diesem Bericht, der beim Wiederauftritt des Verwaltungsrates der Donauländer am 10. Mai vorliegen wird, auch eine Kontrolle über die Eisenbahnen der Südländer gefordert werden wird. In diesem Zusammenhang verdient der Plan der belgisch-französischen Finanzgruppe besondere Beachtung. Es drohen hier Gefahren, deren wirksam Bekämpfung nur bei stürkster deutscher Gewährung möglich sein wird.

Um Artikel 36 und 37 der Reichsverfassung

Neuer Kampf um die Aufhebung der Immunität

Mit dem Zusammentritt des Reichstages am 9. Mai werden erneut zahlreiche Anträge von Behörden auf Erteilung der Genehmigung zur Einleitung oder Durchführung von Strafverfahren gegen Reichstagsabgeordnete zur Verhandlung kommen. Dabei wird sich herausstellen, ob der Reichstag seinen geglätteten Standpunkt von damals beibehält, Volksvertreter den Gerichten auszuliefern, ihre Immunität aufzuheben, nur weil es sich um ausnahmungslos Nationalsozialisten handelt. Als es noch wenige nationalsozialistische Abgeordnete im Reichstag gab und der Haß und die Hebe gegen diese noch nicht so stark genug ausgeprägt war, da war man wesentlich „liberaler“ und duldender. Jetzt aber ist das anders geworden und unsere Gegner freuen sich ordentlich, wenn sie die Immunität eines Nationalsozialisten aufheben können. Das wird sich bald wieder zeigen.

Von derartigen Anträgen werden diesmal betroffen:

Bürger, einmal, Vergehen gegen Republikanische Verträge, Bräunler, Schiefen, ferner, Vergehen gegen Republikanische Verträge, Verleumdung des Reichstags, Vorbereitung zum Hochverrat, Vergehen gegen das Reichspressgesetz.

Um ähnliche Vergehen, die immer wiederkehren, handelt es sich bei allen anderen Abgeordneten:

Buch 1mal; Dietrich 3mal; Wänschen 1mal; Feder 1mal; Füllin 3mal; Florian 1mal; Dr. Frank 11mal; Dr. Giesels 4mal; Göring 2mal; Heines 1mal; Hildebrandt 3mal; Kente 2mal; Karmann 1mal; Kasse 10mal; Kaufmann 3mal; Koch 1mal; Pfeiffer 4mal; Reiz 1mal; Dr. Ley 13mal; Dr. Lohmann 2mal; Loeber 4mal; Maierhofer 1mal; Mänschener 3mal; Mühlmann 1mal; Graf Nevenhaus 1mal; Röber 1mal; Rosenberger 1mal; Schenck 1mal; Schönwälder 1mal; Schulz 1mal; Stettin 1mal; Schulze-Langendorf 1mal; Schwarz 1mal; Simon 1mal; Stegmann 1mal; Straßer 3mal; Terboven 1mal; Triefel 1mal; Weller 3mal; Welter 1mal; Wagner, Vöckum, 3mal und Willens 1mal.

Anträge auf Erteilung der Genehmigung von Privatklagen liegen folgende vor:

Bräunler 1mal; Buch 4mal; Büchel 1mal; Feder 2mal; Florian 1mal; Hildebrandt

2mal; Kente 2mal; Kasse 1mal; Koch 1mal; Dr. Ley 1mal; Maierhofer 1mal; Schenck 1mal; Wänschen 1mal.

Einleitung von Disziplinarverfahren: Dr. Frank 11mal; Schenck 1mal.

Anträge auf Erteilung der Genehmigung zur Strafverfolgung: Büchel 1mal; Dr. Ley 2mal; Schenck 2mal; Straßer 1mal; Wagner 1mal; Wänschen 1mal.

Anträge auf Vollstreckung von Haftbefehlen: Büchel 1mal; Terboven 1mal.

Das sind im Ganzen 47 nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete, die auf Grund eines Beschlusses des Reichstages in 159 Fällen den Gerichten überantwortet werden sollen, obwohl hier fast ausnahmslos politisch Vergehen vorliegen und die Abgeordneten durch die Immunität geschützt sind.

In Artikel 36 der Verfassung des Deutschen Reiches aber heißt es:

„Kein Mitglied des Reichstages oder eines Landtags darf zu irgendeiner Zeit wegen seiner Abstammung oder wegen der in Ausübung seines Berufs getanen Verurteilungen gerichtlich oder dienstlich verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden.“

Und Artikel 37 sagt:

„Kein Mitglied des Reichstages oder eines Landtags kann ohne Genehmigung des Hauses dem der Abgeordnete angehört, während der Sitzungsperiode wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen oder verhaftet werden, es sei denn, daß das Mitglied bei Ausübung der Tat oder spätestens im Laufe des folgenden Tages festgenommen ist.“

Die gleiche Genehmigung ist bei jeder anderen Verurteilung der persönlichen Freiheit erforderlich, die die Ausübung des Abgeordnetenberufs beeinträchtigt.

Jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied des Reichstages oder eines Landtags und jede Haft oder sonstige Beschränkung seiner persönlichen Freiheit wird auf Verlangen des Hauses, dem der Abgeordnete angehört, für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben.“

Warten wir ab, ob diesmal der Reichstag nach diesen Artikeln handeln wird, auch wenn es sich um — Nationalsozialisten handelt.

Aus aller Welt

Neuer Fensterheberkrieg in Ostpreußen. Engerhede. Nach kurzer Pause nahm der Fensterheberkrieg wieder seinen Fortgang. In Engerhede wurden bei dem Landwirt und Gemeindevorsteher Saathoff nicht weniger als 14 Fensterheiber eingeworfen. Außerdem gaben die Täter einen Schuß aus einer Pistole ab, der ein Fenster durchschlug, glücklicherweise aber niemand traf.

Muttab eines Stiefvaters.

Minden. Der in Holzhausen 11 wohnende Inhaber eines hiesigen Zementwarenlagers Niedmann, erschloß seine Stiefsohn, Magdalene Tiefelung, einen jungen Mann und darauf sich selbst. Bei dem jungen Mann, dem Väterchen der Stiefsohn, handelt es sich um den hier wohnenden Schiefer Wilhelm Kipper. Niedmann hatte in seiner Wohnung eine Auseinandersetzung mit den beiden jungen Leuten. Er hat dann die Wohnung durch ein Fenster verlassen, trat vor dem Hause den beiden jungen Leuten mit dem Revolver entgegen und schrie durch die Fenster: „Ihr beiden, ich rede durch die Fensterheiber beide nieder. Dann strichte Niedmann die Waffe gegen sich selbst.“

Mord in der Engel-Apothek in H. rne.

Herne. Am Dienstagabend wurde der 62-jährige Apotheker Dr. Vinzenz Zimmermann, der Inhaber der Engel-Apothek in Herne, von dem 54 Jahre alten Apothekenbesitzer Wilhelm Zwingmann aus Herne (Kreis Lingen) ermordet. Zimmermann hatte die Apotheke in Herne im Januar 1931 an Zwingmann verkauft und sich in Herne niedergelassen. Seit dieser Zeit bestanden zwischen den beiden Kollegen Unstimmigkeiten, weil Zwingmann sich beim Kauf benachteiligt fühlte. Am Dienstagabend fand in der Engel-Apothek zwischen beiden eine heftige Auseinandersetzung statt, in deren Verlauf Zwingmann eine Selbstverletzung zog und Zimmermann durch mehrere Schüsse verletzte. Als Dr. Zimmermann zu Boden stürzte, verfehlte ihm Zwingmann mit einem feststehenden Taschmesser noch einen Stich in den Rücken. Der Täter wurde verhaftet.

12 Jahre Kerker in Cayenne

Heimkehr von Paoli Schwarz nach Aehl. Aehl, 4. Mai. Nach mehr als 12-jähriger Gefangenschaft in der Hölle von Cayenne ist am Dienstag Paoli Schwarz in seine Heimatstadt Aehl zurückgekehrt. Lange vor Antritt des Zuges belagerte eine vielstündige Menschenmenge das Bahnhofsgelände und den Vorplatz. Als der Zug um 16.05 Uhr eintraf, brüllte dem Heimkehrer ein tausendköpfiges Hoch entgegen. Auf dem Bahnhof wurde Schwarz von einem Vertreter der Stadtverwaltung auf herzlichste begrüßt. In der Bahnhofshalle hieß ihn dann der Vorsitzende des Turnvereins Aehl, dem Schwarz früher angehört, willkommen und überreichte ihm als Anerkennung für seine Treue die Goldene Ehrennadel der Deutschen Turnerschaft. Zahlreich waren die Blumensträuße für den Heimkehrer. In einem wahren Jubelzug wurde Schwarz dann von Freunden auf den Schultern zu seiner alten Wohnung am Marktplatz getragen, deren Eingang mit Blättern und Tannenzweigen festlich geschmückt war. Vom Fenster seiner Wohnung dankte Schwarz für den Empfang in der Heimat.

Kommunisten-Unruhen in Spanien.

Madrid, 3. Mai. In der Ostschiff Borrillo (Provinz Albacete) überfiel die von Kommunisten geführte Einwohnerwehr die dortige Polizei und entwarf sie. Von den anwesenden vier Beamten wurde einer getötet und zwei schwer verletzt. Weitere Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Polizei ereigneten sich in den Provinzen Burgos und Badajoz, wobei es insgesamt drei Tote und zahlreiche Verletzte gab. In Sevilla und einigen Provinzstädten verdrängten die Kommunisten, einen Generalstreik durchzuführen. Die Verdrängungen der Behörden an den Abwehrmaßnahmen der Behörden.

ARTERIEN-VERKALKUNG

und vorzeitiges Altern, ihre Vorboten und Begleiterscheinungen wie Hoher Blutdruck, Atemnot, Schwindelanfälle, Herzbeschwerden, Ohnmachtsanfälle, Kopfschmerzen, Schwäche des Denkvermögens, Schlaflosigkeit und Mannesschwäche bekämpfen Sie durch

Radium-Tropin mit Radium-Emanation

126 Uran-Einheiten

Wie stark dieses Leiden verbreitet ist geht aus der Tatsache hervor, daß beinahe 22 Prozent aller Todesfälle dieser Erkrankung für sich in Anspruch nimmt. Radium-Tropin ist von ersten Autoritäten geprüft und für absolut einwandfrei befunden worden, verhindert die weitere Ausbreitung von Kalkmassen, löst die alten und sorgt für deren Ausscheidung. Verminderung des Blutdruckes, Verhinderung von Schlaganfällen und die Erhaltung der Arbeitskraft. Bei keiner Erkrankung ist es aber wichtiger, rechtzeitig einzugreifen bzw. bei Zeiten vorzubeugen, wie gerade bei Arterienverkalkung.

Fragen Sie Ihren Arzt!

Wollen Sie also wieder gesund werden, dann vermeiden Sie jede Verzögerung und wenden Sie sich sofort an uns. Kein Geheimmittel, die Bestandteile sind auf jeder Packung angegeben. — Preis pro Packung RM. 1.—

MARNO LE MOULT, G. m. b. H., Magdeburg, Breiter Weg 160-62 (37)

RHEUMATISMUS

Lassen Sie uns Ihre Leiden heilen und Ihre Schmerzen beseitigen! Unsere Tropin-Doppelkur hat noch nie versagt!

Eine Freundschaft für alle, die an Rheuma, Gicht, Ischias, Nerven-, Muskel-, Kopfschmerzen usw. leiden! Gesundheit und Kraft wird Ihnen geboten, Ihnen und allen, die an geschwollenen Gliedern und Gelenken, akuten Schmerzen und allen anderen Übeln leiden, welche die Rheumakrankheit mit sich bringt. Unsere Doppelkur ist die einzige, vollständige und dauerhafte Heilung und hat noch nie versagt! Geben Sie die Hoffnung nicht auf. Ich weiß sehr wohl, daß es für einen Leidenden sehr schwer ist, daran zu glauben, daß eine wirkliche Heilung möglich ist. Sie werden elend und niedergeschlagen, und kein Wunder auch bei den schrecklichen Schmerzen, die Sie zu ertragen haben.

Haben Sie Vertrauen zu uns, auch Sie werden wieder gesund.

Garantie-Kuren! Den vollen Betrag erhalten Sie zurück, falls Sie nach Verbrauch der vollen Kur nicht von Ihrem Leiden gänzlich befreit sind. Garantieschein für die von uns bezogenen Präparate liegt jeder Sendung bei.

Scheuen Sie nicht die kleine Ausgabe, wenn es sich um Ihre Gesundheit handelt, selbst wenn Sie bereits ein hohes Alter erreicht haben. Wir haben Tausende geheilt, warum nicht auch Sie! Unsere Doppelkur ist nicht schädlich und enthält keine Gifte. Keine Oee oder Einnahme. Preis RM. 6.00 gegen Nachnahme, bei Vereinstellung des Betrages erfolgt der Versand vorzeitig. Der Versand der Präparate erfolgt durch eine Apotheke. — Ärztliche Gutachten liegen jeder Sendung bei. Die Präparate und die eingehenden Bestellungen unterstehen der ständigen Kontrolle eines staatlich gepr. Apothekers und Chemikers.

Aus Bremen Stadt und Staat

Deutscher Abend

Der Nationalsozialismus will mehr als Kulturgemeinschaft, er will die Volksgemeinschaft der Tat. Zu ihr gehört deutsch-fröhliche Geselligkeit. Unter diesem Zeichen stand der Deutsche Abend, den die Kapelle Bg. C. in den dichtbesetzten Centralhallen am Mittwochabend mit flotten Marschweisen einleitete. Dort hörten wir u. a. unsere plattdeutsche Heimatdichterin Eine Wessels in humorvollen Beiträgen aber auch mit niederdeutschen Texten sprechen. Sie trug den Refrainsboden für die Vertikation Karl Heubers von Bogislav von Schöner, Gedichte aus den Friedensvertrag! Es folgten humorvolle Beiträge aus dem Solobereich, Wiener Walzerlieder von Trude Wißner vortragen. Den Höhepunkt der Darbietungen stiftete uns Willi Kasper, der bekannte Bremer Bassist. Besonders gefielen in seinem profunden Bass: „Im tiefen Keller“ und „Ich bin Bassist“. Heinrich Kasper schloß sich der heiteren Miße Minor an. Mitglieder der Gymnastik-gute Trude Deiters boten Tanz-Walletts- und Gymnastikvorlagen. Fröhlicher deutscher Tanz beschloß den Deutschen Abend. Es kommt ein Tag im Monat Mai, da bricht Deutschland das Elfenbein entzwei! So hörten wir es aus den Vorträgen zu uns klingen und singen. Daran wollen wir festhalten!

Die Veranstalter schenken uns einen Deutschen Volksabend.

Diktationsversammlung in Welmershausen.

In der gutbesetzten Diktationsversammlung sprach Bg. G. über das Thema: „Der Kampf geht weiter!“ Die Ergebnisse der Reichspräsidenten- und der Reichstagswahlen zeigten, daß sich die Lage auch diesmal noch als zugunsten der Propagandamittel erwiesen hat als die Wahrheit. Bei der sich geradezu überlagernden Eigenheit der Hindenburg-Fronten und bei der Knebelung der freien Meinungsäußerung, besonders auch das einseitige Verbot des Rundfunks, haben andere Ergebnisse nicht erwartet werden können. Der SPD. und dem Zentrum sei es bei ihrem Eintreten für Hindenburg nicht um die Person und nicht um das Wohl der Nation, sondern einzig und allein um die Interessen ihrer Parteien gegangen.

Einer der Hauptgegner der gegnerischen Verlogenheit sei die Behauptung, weil Nationalsozialisten wollten einen Parteistaat errichten. Keiner wolle sich gegen diese Behauptung, indem er betone, daß ein Parteistaat nicht mehr errichtet werden brauche, der wäre längst von den Schwärzen und Roten errichtet worden. Unsere Aufgabe sei, der Parteischwärze ein Ende zu machen, und Sozialisten im Beruf die Plätze zu überlassen, auf die sie gehören. Am Ende: Hitler sei kein Platz für Jungen und müßige Goldverdiener, im Dritten Reich käme es darauf an, wer etwas gelernt habe und leisten könne. Für Experimente habe das deutsche Volk kein Interesse mehr. Silberstreifen, Dollarsonne und Hakenkreuzorden könnten das deutsche Volk nicht mehr retten, auch nicht Darlehen und Kredit, sondern nur Arbeit. Das Volk müsse leistungsfähig werden, dann sei dem Volke geholfen. Diese Hilfe könne nicht Herr Brüning bringen — denn unter dessen Regierung sei das Volk, einmündig in einem Jahre um nicht weniger als 25 Milliarden gesunken und die Arbeitslosigkeit rapide gestiegen. 13,5 Millionen Volksgenossen haben sich gegen das System der letzten 14 Jahre ausgesprochen, nun verlangen wir Nationalsozialisten Übernahme der Verantwortung, zum Wohle des Volkes. Mit Haken und Versprechungen könne man dem Volke nicht mehr dienen, sondern nur durch Befriedigung der Lasten und mit Arbeit.

SPD. läßt die Frage aus dem Saal

Die „Bremer Volkszeitung“ tröstet ihre Leser: „Schwerer Schlag für die SPD. Die Kommunisten verlieren fast 50 Prozent ihrer Stimmen bei den Betriebsratswahlen im Ruhrgebiet“, so meldet triumphierend die „Bremer Volkszeitung“ ihren Lesern, läßt aber erfreulicherweise die Frage im folgenden aus dem Saal, wenn sie in Nr. 103 vom 3. Mai mündlich schreibt:

Bremen in der Zahl

Millionenetat für Krisenfürsorge

Der März besaherte uns zehn heitere und acht trübe Tage, drei Eis- und zwei windsturmige Frosttage, an einem Tage hatten wir sogar Glätteis zu verzeichnen.

Von den Bevölkerungsvorgängen interessiert, daß der Ueberfluß der Geburten über die Sterbefälle 57 (Februar 112) und der Ueberfluß der Zugänge über die Abgänge 330 (194) betrug. Die Einwohnerzahl der Stadt Bremen betrug am 1. April 310.801 (310.414 im Vormonat). Der Staat Bremen nähert sich der Einwohnerzahl von 400.000. Sie betrug am 1. März 357.000, davon in Bremerhaven 26.100 in Begleit 4.300, im Landgebiet 16.600 Einwohner. Auf 1.000 Einwohner und auf das Jahr berechnet betrug die Ziffer der Geburten 9,4 (8,2 im Februar, 8,5 im Januar), die der Geburten 14,5 (16,7 — 13,6), die der Sterbefälle 12,3 (12,2 — 11,4).

Unter den Todesursachen in der Stadt Bremen dominierte im Monat März die Ungelegenheiten mit 38, es folgen die organischen Veränderungen mit 36, der Gehirnschlag mit 32 und dann der Krebs mit 31 Fällen. 31 Menschen erlagen der Altersschwäche. Die Ungelegenheiten forderte 23, die der Tuberkulose anderer Organe 3 Opfer, 10 Menschen erlagen der Influenza, 9 der Blutvergiftung, 8 Krankheiten der Leber und Gallenblase, 9 der Nierenentzündung. Freiwillig machten 11 Menschen ihrem Leben ein Ende. 6 fielen einem Unglücksfall zum Opfer.

Anzeigepflichtige Krankheiten wurden gemeldet: Scharlach 16, Diphtherie 2, Ruhr 4, Keuchhusten 4 Fälle.

Am 1. März suchten 2.224 Familien mit einer Kopfszahl von 6.347 Personen Wohnung; am 31. März hatte sich die Familienzahl auf 2.156 und die Kopfszahl auf 6.185 Personen vermindert. Davon waren am 31. März 120 Familien vollkommen obdachlos, 96 waren in Parzellenwohnungen untergebracht. 76 Familien wohnten in Räumen, die nicht den hygienischen Anforderungen des Landesgesundheitsamtes entsprachen. 98 Familien hatten keine eigene Wohnung, hatten aber zumeist einen Unterkunfts gefunden. Im räumlich völlig unzulänglichen Wohnung lebten 584 Familien. Weil sie räumlich bedürftig wohnten oder heutzutage wollten, suchten 799 Parteien Wohnung.

Im Ruhrgebiet geht es mit den Kommunisten bergab. Sie haben bei den bisherigen Betriebsratswahlen nahezu 50 Prozent ihrer vorjährigen Stimmen verloren. Ihr Stimmenrückgang ist in allen Bezirken zu beobachten. Es handelt sich also nicht um lokale Zufallserscheinungen. Im Bezirk Hamm sind die Verluste der KPD, die gleichen wie im Revier Moers und Gelsenkirchen. Eine Betriebsratswahl auf der Zeche „Heinrich“ im Bezirk Altenessen, die dieser Tage stattfand, brachte dem Vergewaltigerverband einen Verlust von 26 Prozent, den Christen einen solchen von 27,9 Prozent, der KPD, aber eine Einbuße von 48,6 Prozent. Die Gelben erhielten 39 Stimmen (Verlust 9,3 Prozent) und die Nazis 68 Stimmen. Der Beschäftigtenrat gegenüber dem Vorjahr beträgt rund 19 Prozent. Während also die gewerkschaftlichen Verluste im allgemeinen nur schwach sind, erleidet die KPD einen schweren Schlag.

Ei, warum denn auf einmal so bescheiden, ihr Herren von der roten Farbe. Ihr behauptet doch sonst in Bremen immer, die Nazis hätten nur „Spießer“ in ihren Reihen. Daß die Gewerkschaft der SPD (Vergewaltigerverband) 26 Prozent Verlust einbüßen mußte, das nennt ihr „nur“ schwach? Richtig hätte ihr nach diesem Ergebnis schreiben müssen:

Sieg der nationalsozialistischen Betriebsräte auf der ganzen Linie!

Dem roten Bruder von der SPD, den schweren Schlag aufzuheben, ist doch alles durchführbar. Aus diesem kleinen Beispiel mag der Bremer SPD-Arbeiter erkennen, wie er für dumme verkauft werden soll.

Das ist der marxistische Einheitsverband.

Jetzt macht er in Entschuldigungen. Die Ortsgruppe Bremen des marxistischen Einheitsverbandes der Eisenbahner nahm in einer Entschuldigungs gegen das Krümmersystem Stellung. Jahrelang hat gerade dieser Einheitsverband nichts anderes zu tun gehabt, als die Erfüllungspolitik zu sanktionieren. Heute glaubt er die Anhänger durch

Unter dem Joche der Verhältnisse wohnen in möblierten Wohnungen oder mieten auf Grund eines Gerichtsurteils in absehbare Zeit die Wohnung räumen: 883 Familien. 81 Taupflichtige lagen am 31. März vor. Der großen Nachfrage nach Wohnungen standen 269 Wohnungsangebote gegenüber.

Ueber fremische Häfen reisten 346 (420) Auswanderer. Die Gesamtzahl der Ausreisenden betrug 1.815 (2.116), die der Einreisenden 2.862 (1.593) Personen. In Hotels und Gasthöfen übernachteten im März 8.104 (8.486) Personen. Wie sehr der Fremdenverkehr in Bremen abgenommen hat, geht aus den Zahlen hervor, die in den Vorjahren den Fremdenverkehr in Bremen belegen. Im März 1931 waren es 11.683 und im März 1930 waren es 17.561 Personen, die in Bremer Hotels und Gasthöfen schliefen.

Für die Hauptunterstützungsempfänger wurden in der Arbeitslosenversicherung 824.624,33 RM., in der Krisenfürsorge 1.166.991,57 RM. im Bezirk des Arbeitsamtes Bremen aufgewandt. Im Bezirksfürsorgeverband Bremen wurden am 31. März 14.827 (13.921) Parteien laufend und 1.040 (1.038) Parteien einmalig unterstützt. Mit kommunaler Aufzucht wurden laufend 5.064 (5.117) und einmal 1.382 (1.362) Arbeitslose unterstützt. Gemeindliche Fürsorgearbeiter wurden in Bremen 285 (244) gezählt.

Die offene wirtschaftliche Fürsorge der Wohlfahrtsstelle der Stadt Bremen unterstützte 26.876 Parteien im März mit einer laufenden Barmittelsumme von 1.036.462 RM. An sonstigen Leistungen wurden 227.571 RM., also insgesamt auf 1.264.033 RM. aufgewandt. Für die halbgeschlossene und geschlossene wirtschaftliche Fürsorge wurde zusammen ausgegeben 113.070 RM., für die Arbeitsfürsorge mußten 42.117 RM. aufgewandt werden. Der Aufwand für die gesamte Gesundheitsfürsorge betrug 276.943 RM.

Die Gesamteinnahmen und -ausgaben der Fürsorge stellt sich demnach wie folgt:

Einnahmen 122.245 RM.

Ausgaben 1.837.887 RM.

Zufuß: 1.715.642 RM.

Im Spartenverkehr betrug der Ueberfluß der Ausgabenden über die Eingabenden im Monat März 1.719.289 (673.526) RM. Der Ueberfluß der Spartenbinder betrug 1.106 mehr als der Zugang.

Entschuldigungen über seinen Verrat an der Arbeiterklasse hinwegzutäuschen. Er ist aber auch bescheiden geworden und erklärt u. a., daß die Kollegen im Interesse der Erhaltung des Arbeitsplatzes auch fernerhin gewillt sind (wer sagt das?). Opfer an Feuerschichten zu bringen.“ Am Sonntag zeigte sich ja deutlich, daß der im SPD-Führer schwimmende Einheitsverband seinen Mitgliedern heute nur noch einen Trost bieten kann: Spiele, statt Brot. Davon kann aber kein Eisenbahner leben.

Gz. „Waterland“ wieder in Deutschland

Bremerhaven. Nach achtzehn Jahren traf der Riesenbagger „Waterland“ der United States Lines (das frühere deutsche Riesenbagger „Waterland“) wieder in einem deutschen Hafen ein. Das mit 276 Meter Länge heute noch größte Schiff der Welt fiel bekanntlich auf Grund des Versailler Diktats an die ehemaligen Feindbündnisse, nachdem es im April 1913 bei Blohm u. Voß in Hamburg von Stapel gelassen und erst zwei Ausreisen angetreten hatte. Zum Empfang des Schiffes hatte sich eine große Menschenmenge aus der Columbus-Kaj, sowie zahlreiche Pressevertreter des In- und Auslandes eingefunden. Vom Bremer Senat war Senator Dr. Apelt und vom Bremer Senat war Senator Dr. Apelt und vom Bremer Senat war Senator Dr. Apelt erschienen. Am Columbus-Bier herrschte überaus reges Leben. Das Anlegemander ging glatt konstant, so daß Konflikt und Kundst mit der direkten Uebertragung auf die deutschen Seiden beginnen konnten. Eine Befichtigung des größten deutschen Dampfers erinnerte schmerzhaft daran, welche Wunden der deutsche Vorkriegshandelsflotte durch das Versailler Diktat geschlagen wurden, erinnert aber auch beim Anblick der ausfahrenden „Europa“ daran, welche Ausnahme dank der unergründlichen Fähigkeit des höchsten Geistes der Aufbau der deutschen Handelsflotte nach dem Weltkriege bereits angenommen hat. Von der Wahl der United States Line, die „Veritas“ in Bremerhaven als europäischen Endhafen anlaufen zu lassen, verspricht man sich an der Untersee eine Bele-

tung des Wirtschaftslebens, die angesichts der schweren Verhältnisse gerade an der Wasserlinie allgemein begrüßt wird.

Prüfung im Beamtenbank-Konkurs beendet. Vor dem Amtsgericht stand am Dienstagvormittag eine Fortsetzung des allgemeinen Prüfungstermins im Konkursverfahren über die Beamtenbank e. G. m. b. H. Bremen, an. Mit diesem Termin, in dem eine Reihe von Forderungen zur Prüfung vorlagen, ist die allgemeine Prüfung als abgeschlossen zu betrachten. Der Konkurs geht jetzt praktisch in eine reine Zahlungs-Tätigkeit über, indem die Forderungen eingezogen werden, was inzwischen teilweise schon geschehen ist.

Prozeß Danabank gegen Hanja-Bank erneut verlagert.

Die Kammer für Handelsachen beim Landgericht Bremen verlagte auf Antrag der Prozeßbeteiligten den am Dienstagvormittag anstehenden Termin im Rechtsstreit der Danabank gegen die Hanja-Bank M. G., Bremen und die Bremer Kreditvereinigung M. G. erneut und zwar auf den 31. Mai.

Die eigene Frau verpuppt. Wegen Zuhälterei wurde ein wegen der gleichen Straftat erheblich vorbestrafter Stultzeur festgenommen. Er hat seine Frau unter Drohungen und Mißhandlungen veranlaßt, einen unflüchtigen Lebenswandel zu führen. Das damit erkrankte Weib nahm er ihr zum größten Teil wieder ab und verbrauchte es für sich.

Unordentlichmäßige Richter abblenden. Von ausländischer Seite wird uns geschrieben: Gemäß § 8 der Seemannsgerichtsordnung, dürfen an Bord von Schiffen andere als die in dieser vorgeschriebenen Richter nicht benutzt werden, ansonsten sind sie so abblenden, daß Verwechselungen oder verheißungsfähige Blendungen vermieden werden. Da, besonders bei nächtlichen Vernehmungen, vielfach gegen diese Bestimmungen verstoßen wird, werden die Schiffsführer darauf hingewiesen, daß evtl. Bestrafungen erfolgen.

Führerschein und Zulassung zur Pfingsten rechtzeitig beantragen. Uns wird geschrieben: Bekanntlich steigt sich gerade zu Pfingsten das Verlangen des Autos und Motorabsporn treibenden Publikums, diese Festtage zu überfliegen zu können. Erfahrungsgemäß hängen sich kurz vor den Festtagen die Zulassung zur Führerschein und auf Zulassung von Kraftfahrzeugen derart, daß die ordnungsmäßige Erledigung der Anträge in Frage gestellt wird. Es können deshalb zu Pfingsten nur solche Anträge erledigt werden, die rechtzeitig gestellt worden sind. Anträge auf Zulassung von Kraftfahrzeugen sind spätestens bis einschließlich Freitag vor dem Fest zu stellen. Führerscheine können ferner zu Pfingsten nur die Personen erhalten, die spätestens am Donnerstag die erforderliche Befähigungsprüfung bestanden haben.

Festtagsrückfahrkarten zu Pfingsten. Die für das diesjährige Pfingstfest vorgesehenen Festtagsrückfahrkarten der Reichsbahn mit 33 1/2 Pct. Ermäßigung gelten vom 11. bis 23. Mai, und zwar zur Einfahrt an den Tagen vom 11. bis 17. Mai einschl. (die Einfahrt muß am 17. Mai 24 Uhr beendet sein) und zur Rückfahrt an den Tagen vom 13. Mai 12 Uhr bis 23. Mai einschl. (die Rückfahrt muß am 23. Mai 24 Uhr beendet sein). Bisher war die Geltungsbauer für die Einfahrt auf die Zeit vom 11. bis 16. Mai (Pfingstmontag) gelegt worden. Da jedoch mit Rücksicht auf die gegenwärtige schlechte Wirtschaftslage auch am Dienstag nach Pfingsten im allgemeinen die Arbeit noch ruht, ist die Geltungsbauer für die Einfahrt auf Dienstag, den 17. Mai, ausgedehnt worden. Derselbe Regelung ist auch für die Arbeiterrückfahrkarten vorgesehen, deren Geltungsbauer ebenfalls vom 11. Mai bis zum 23. Mai festgesetzt worden ist, und zwar derart, daß die Fahrt nach dem Wohnort an allen Tagen vom 11. bis 17. Mai 24 Uhr einschl., und zur Rückfahrt nach dem Arbeitsort an allen Tagen vom 15. bis 23. Mai einschl. angetreten werden kann.

Marinenaufschicht. Fischereischiffboot „Meteor“ hat am 2. Mai mittags Westhavst (Zeland) verlassen und die Heimreise angetreten. Einlaufen in Wilhelmshaven voraussichtlich am 18. Mai. Briefposten sind bis auf weiteres nach Wilhelmshaven zu richten. Fischereischiffboot „Eibe“ antwortet 20 Uhr bei Angenehm-Genesung. — Vermessungsschiff „Meteor“ verließ am Dienstag vormittag Hamburg und traf um 20 Uhr in Wilhelmshaven ein.

Schöne weiße Zähne: Chlorodont

TUBE 50 PL.
Große Tube 80 PL.

Was lehrt uns England?

Von Dr. Gustav Schlotterer, Hamburg

Früher als jedes andere Land der Erde ist England von jener Erscheinung heimgesucht worden, die wir gemeinhin als Wirtschaftskrise bezeichnen. Zu einer Zeit, als sich die deutsche Wirtschaft schon munter und jung aus den Niederungen der Inflation in eine Hochkonjunktur hinein entwickelte, lag die englische Wirtschaft schwer darnieder, kämpfte wichtige englische Industriezweige einen verzweifelten Daseinskampf. Und während in Amerika der Optimismus zu grandlegendem Staatsgefehl erstarkt wurde, waren in England die leitenden Persönlichkeiten von schweren Sorgen und von tiefem Pessimismus erfüllt. Erst vor einigen Tagen wurde im Unterhaus eine Frage darüber gestellt, daß England an der wirtschaftlichen Hochkonjunktur von 1924-29 nicht teilhaben konnte. Die englische Haltung in der Reparationsfrage ist nur verständlich, wenn man sich diesen Zustand vor Augen hält. Die englische Politik hat ihre Besenken gegen die Einführung von politischen Zahlungen in das internationale Geld- und Kreditklima, nie verhehlt; England war es, die zuerst den Woban des Reparationsbegriffes forderten.

Wesentlich der Umfang, daß die deutsche Wirtschaft sich in der Lage der englischen Wirtschaft im Verhältnis zu den übrigen Volkswirtschaften wieder geändert. Vor einigen Jahren konnte der amerikanische Finanzminister mit Recht auf den stolzen England hinweisen, wo sich kein englischer Koloz mit dem Steuerzahler herumschreit, um die notwendigen Steuergehele aus einer dornenbesetzten Wirtschaft herauszupressen. Heute gibt es unglückliche europäische und außereuropäische Finanzminister, die ihren englischen Kollegen beneiden, der immerhin ohne wesentliche Steuererhöhungen seinem Parlament einen ausreichenden Haushalt vorzulegen vermochte. Wo ist das sonst auf der Welt noch der Fall?

Mit diesen Feststellungen ist aber das, was man als die Besonderheit des englischen Wirtschaftsschicksals bezeichnen kann, noch nicht vollständig dargelegt. Eines der Schmerzhaftesten der englischen Wirtschaft ist j. A. seit Kriegsende der Kohlenbergbau. Die Wirtschaftsgeschichte dieses wichtigsten englischen Industriezweiges ist eine Geschichte von Sorgen, Kämpfen und Nöten. Heute kann man behaupten, daß es dem englischen Bergbau im Verhältnis zum deutschen Kohlenbergbau noch gut geht. Seit 1928 ist die englische Kohlenproduktion um 8 Prozent, die deutsche um 28 Prozent gestiegen. Die Zahl der in Großbritannien beschäftigten Bergarbeiter betrug im Januar 1932 ungefähr 88 Prozent des Standes vom Januar 1930, die Zahl der deutschen Bergarbeiter dagegen nur 57 Prozent. Der Abbruch Englands ist also hier bei weitem nicht so groß wie der Deutschlands.

Die bevorzugte Lage Englands geht auch ganz deutlich aus den Arbeitslosenziffern hervor. Bei einer Bevölkerung von 44 Millionen weist England heute ungefähr 2,4 Millionen Arbeitslose auf, eine Zahl, die seit Jahren nur geringen Schwankungen unterliegt. Demgegenüber haben wir in Deutschland bei einer Bevölkerung von 63 Millionen 6 Millionen Arbeitslose, in Amerika j. A. bei 117 Millionen Einwohnern 10 bis 12 Millionen Arbeitslose. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß England im Gegensatz zu Deutschland reiner Industriestaat ist, also mit seiner Industrie allein noch bedeutend günstiger dasteht als es aus den Ziffern hervorgeht.

Wie läßt sich nun diese besondere Lage Englands erklären? Das englische Volk ist ein Volk, das Extreme, Uebertreibungen, Sprünge haßt und in seiner Geschichte immer den Weg der langsamen organischen Entwicklung, des schrittweisen

Zwischenden Wahlen in Frankreich

In wöhliger Nahe hat am 1. Mai in Frankreich der 1. Wahlgang zu der gleichbedeutenden Volksvertretung, der Kammer, stattgefunden. Eine überlebende politische Hochspannung wie angesichts der Wahlen in Deutschland kennt man in Frankreich dank der verhältnismäßig günstigen wirtschaftlichen Verhältnisse nicht. Am übrigen kommt dem 1. Wahlgang nicht die entscheidende Bedeutung zu, sondern wird erst die Stichwahl über die Zusammenlegung des Parlaments endgültig Klarheit schaffen. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen werden nur etwa 250 von 615 Kandidaten im 1. Wahlgang gewählt, denn in der gestrigen Wahl entschied nur die absolute Mehrheit, während die Festhaltung der relativen Mehrheit der Stichwahl vorbehalten bleibt.

Man muß sich hierbei daran erinnern, daß das französische Wahlrecht anders ist als das deutsche. In Frankreich werden praktisch nicht wie in Deutschland Parteien, sondern Persönlichkeiten gewählt. Infolgedessen sieht man auch in Frankreich so gut wie gar nicht auf Vergleichsziffern oder die in Deutschland üblichen Aufstellungen. Ferner ist eine Aufstellung nach Fraktionen unmöglich, da es in Frankreich keine Fraktionen, sondern nur Parteigruppen gibt. Die Mehrheit ist immer schwach. Bisher gehörten zur Rechten 145 Nationaldemokratische Union, 15 Konföderative, 106 Vinterepublikaner, zusammen 266, und zur Linken 101 Vereinigte Sozialisten, 123 Radikalsozialisten, 47 republikanische Sozialisten, zusammen 271. Diese beiden Blöcke stehen einander gegenüber. Bleibt als weiteres französisches Kuriosum zu erwähnen, daß es in dem von unseren unverbesserlichen Franzosenpolitikern angebotenen Land der „Freiheit und Gleichheit“ ein Wahlrecht der Frauen bekanntlich nicht gibt.

Nun aber zu den Wahleresultaten, die im Vergleich zu den deutschen Verhältnissen erst ziemlich spät bekannt werden, da man in Frankreich offiziell das Telefon noch nicht kennt, sondern die Resultate durch Radfahrer, Autos usw. nach den Präfekturen gebracht werden! Die Ergebnisse des 1. Wahlgangs bedeuten keinerlei große Ueberraschung, sondern entsprechen im allgemeinen den gehegten Erwartungen. Es ist ein ziemlich deutlicher Rück nach links zu verzeichnen, wenn auch andererseits von einer direkten Niederlage der bisherigen Mehrheit nicht gesprochen werden kann. Den größten Gewinn haben die Radikalsozialisten, die seinen einzigen Sitz verloren, sondern ihre Position um sechs Mandate verstärkt haben. Bei der Rechten und der Mitte sind dagegen einige, wenn auch nicht gerade sehr erhebliche Verluste zu verzeichnen. Es dürfte sicherlich zu weit gehen, wenn man in parlamentarischen Wahlen Frankreichs bereits von einer Erschütterung des Kabinetts Lardieu spricht und den Radikalsozialisten in der zukünftigen Kammer 140, den Sozialisten etwa 120 Mandate zuschreibt.

12 Millionen Arbeitslose. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß England im Gegensatz zu Deutschland reiner Industriestaat ist, also mit seiner Industrie allein noch bedeutend günstiger dasteht als es aus den Ziffern hervorgeht.

Wie läßt sich nun diese besondere Lage Englands erklären? Das englische Volk ist ein Volk, das Extreme, Uebertreibungen, Sprünge haßt und in seiner Geschichte immer den Weg der langsamen organischen Entwicklung, des schrittweisen

Die slawischen Niederlassungen bleiben bedeutungslos. Nur Danzig, dessen Name um das Jahr 1000 auftaucht, gewinnt Bedeutung und wird der Sitz eines von Polen unabhängigen Fürstentums, dessen Nachfolger sich später Herzöge von Pommern nannten. In der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts kamen von Lübeck her deutsche Kaufleute und ließen sich an der Weichselmündung nieder. Gleichzeitig kamen deutsche Bauern und Handwerker und machten das Sumpf- und Schwemmland der Weichsel und Rogat urbar. Am Ende des 12. Jahrhunderts ließen die kasubischen Herzöge deutsche Mönche ins Land, die hier, besonders von Döln, den christlichen Glauben und die deutsche Kultur verbreiteten.

Die friedliche wirtschaftliche Entwicklung Dan-

und von einer Wiederbelebung des Einfahrtstels redet.

Man darf nicht vergessen, daß gerade beim 1. Wahlgang weniger die Parteizugehörigkeit als die persönliche Verschöpfung des Kandidaten in seinem Wahlkreis maßgebend ist. Alle hervorragenden parlamentarischen Führer, mögen sie nun Herriot, Reynaud, Leon Blum oder Tardieu heißen, wurden bereits wiedergewählt, ebenso wie sämtliche Mitglieder des gegenwärtigen Kabinetts Lardieu. Ein tragisches Geschick ereilte, nebenbei bemerkt, den Abgeordneten Lorin (Gruppe Paul Reynaud), der vor Erregung über das Ergebnis der Wahlen, bei denen er unterlag, einen Gehirnschlag erlitt und gestorben ist. Sehr schlecht abzuschneiden scheinen die Kommunisten, auch in Paris haben ihre drei Kandidaten für die Stichwahl kaum Aussichten. Ueber die kommende Regierungsbildung in Frankreich läßt sich bisher allenfalls soviel sagen, daß es dem zukünftigen Kabinet nicht möglich sein wird, gegen die Radikalsozialisten zu regieren.

Somit das Resultat des 1. Wahlgangs als solches, demgegenüber der am 8. Mai stattfindende 2. Wahlgang angesichts der großen Zahl von Stichwahlen zweifellos politisch von größerer Bedeutung sein wird. Stellen wir nun noch ganz kurz die für Deutschland wichtigste Frage, wie sich das Ergebnis der Wahlen auf die französische Politik Deutschland gegenüber auswirken wird, so läßt sich schon jetzt mit aller Sicherheit sagen, daß alles beim Alten bleiben wird. In Deutschland haben wir weder Ursache, über den geringen Rück nach links in Wehlagen auszubrechen, noch uns zu freuen. In ihrem Unterdrückungswillen Deutschland gegenüber sind sich nämlich, wie man nicht genug betonen kann, die Franzosen von rechts bis links völlig einig, mögen ihre Wortführer nun Lardieu heißen oder Herriot, der sich bekanntlich öffentlich rühmte, Hauptverursacher der deutschen Tributzahlungen zu sein. Mögen sie auch andere Mittel und Methoden anwenden, in ihrem Ziel sind sie sich völlig einig, und das heißt:

Bewahrung der Knechtschaft Deutschlands. Insofern bringt also das französische Wahlergebnis nicht Neues. Um so bemerkenswerter ist es, daß das Ergebnis ein anderer Punkt, daß nämlich das Geschick unserer pazifistischen Zeitgenossen, daß der gewaltige Rechtsruck in Deutschland den Radikalsozialisten in Frankreich härten würde, gründlich kläglich gestraft worden ist. Gerade das umgekehrte ist der Fall. Wiederum nur der beste Beweis dafür, daß man sich in puncto „Versklavungsbereitschaft“ in Frankreich von rechts bis links völlig einig ist. Die größte Torheit des sozialistischen Hoffnungen auf innerpolitische Veränderungen in Frankreich zu setzen. Nur eine grundlegende Veränderung unserer eigenen Politik kann uns helfen.

Vorwärtsschreitens geht. Kein Schritt wird hier vorgelegt, der nicht genau überlegt und in seinen Wirkungen berechnet ist. Mit diesen Grundbegriffen hat es das englische Volk politisch zur Welterschaffung, wirtschaftlich zu einem gewissen Wohlstand gebracht. In der Nachkriegszeit hat das englische Volk trotz schwerer Prüfungen nichts von seinen „Ertragslosigkeiten“ einer vergangenen, großen Geschichte aufgegeben. Der englische Staat hielt an der Imperiums- und Welthandels-Tradition

ebenso fest, wie der englische Bürger und Arbeiter an seiner gehobenen Lebenshaltung, die schon Marx als einen Ausnahmefall unter den Völkern dieser Erde geschätzt hatte.

Es kam es, daß die englische Industrie — der weitaus wichtigste Teil der englischen Wirtschaft — schon vor dem Kriege nicht nur für den Weltmarkt arbeitete, sondern eine starke binnenländische Nachfrage zu befriedigen hatte.

Die hohe Kaufkraft des englischen Bürgertums, das zu einem großen Teil aus Kapitalanlagen stieß, die hohe Kaufkraft der Beamten, Angestellten und Arbeiter gaben die Grundlage für einen gefunden englischen Binnenmarkt und für eine starke wirtschaftliche Stellung der englischen Unternehmungen ab.

An diesen beiden Sicherungen für die englische Wirtschaft hat die Nachkriegszeit nichts geändert. Die Einnahmen aus dem Außenhandel, aus der Schiffahrt flossen dahin, ein Kern von inländischer Kaufkraft blieb, der in der Folge als Puffer gegen die Stöße der Weltkrise wirkte und die englische Wirtschaft vor dem Abbruch in die Tiefe schützte.

Wenn das englische Bürgertum sich gegen alle finanziellen und währungsrechtlichen Experimente spernte, wenn es jeden Schlag gegen seine Kapitalanlagen und die Kapitalerträge mit Wut ablehnte; wenn die englischen Arbeiter ihr hohes Einkommen gegen jeden Angriff verteidigten, so stimmte das mit den Notwendigkeiten des englischen Wirtschaftslebens durchaus überein. Nur so

W e r b t
für Euer Kampfblatt
D i e
B M B

war es möglich, die Krise des Außenhandels, der Schiffahrt, des Kohlenbergbaus und einiger anderer Produktionsmittel-Industrien zum Siebert zu bringen, bevor sie auch die englische Verbrauchergüter-Industrie ergriffe. Nur so war es ferner möglich, dem englischen Staat die notwendigen Steuerquellen und eine geordnete Finanzwirtschaft zu sichern.

Das also England von den übrigen Ländern untergeordnet ist, daß es Anschläge auf die Kaufkraft seiner Bevölkerung abwehren und so wenigstens einen großen Teil des Binnenmarktes retten konnte.

In Deutschland ließ die offizielle Wirtschaftspolitik die Vernichtung der Kaufkraft durch Erfüllungspolitik, künstlich aufgeblähte Konjunktur, Einfuhr, Lohnabbau, „Anhoerung“, Schwächung der Landwirtschaft nicht nur geschehen, sondern arbeitete noch daran mit.

Das Beispiel Englands zeigt uns aber, daß eine hochentwickelte Wirtschaft auf die Dauer nur bei gehobener Kaufkraft der Bevölkerung, das heißt ausreichender nationaler Verbrauchsbedeutung, zu leben vermag.

Diesem Grundzug in der Handels- und Wirtschaftspolitik Rechnung zu tragen, und dabei die ungeheure Bedeutung der deutschen Landwirtschaft für die deutsche Kaufkraft nutzbar zu machen, wird die Aufgabe des Nationalsozialismus sein.

Tausend Jahre Danzig

Das Schicksal einer deutschen Stadt

Von Ernst Hoffmann

Danzig, im Mai 1932.

Es ist seltsam, wie sehr sich das Schicksal des deutschen Reiches auf das Leben und den Wohlstand gerade der Stadt Danzig in den Zeiten der fast tausendjährigen Geschichte dieser Stadt ausgeprägt und in ihm seinen Widerhall gefunden hat. Zeugen die Wenden der politischen und geschichtlichen Entwicklung des Deutschen Reichs zu hohen Höhen der Macht und Stärke, dann erlosch fast auch Danzig als ungeachteter Wille des Reiches; jant Deutschlands Schicksal durch innere Zwietracht in ein Weltall, dann jant auch die Stadt Danzig mit ihm. Auch dann, wenn Danzig sich nicht im Rahmen dieses deutschen Reiches befand.

Heute ist Danzig nach langer Mitterzeit im Rahmen des Reiches wieder einmal zu jenem Völkergemeinschaft geworden, das man im Diktaturnot von Versailles mit der Bezeichnung „freie Stadt“ hildete. Mit Deutschland erlebte Danzig heute eine Not, die es kaum jemals in den tausend Jahren seines Bestehens erlebt hat. Und der Pole, der in Versailles seinen Dergewinn, Danzig einzuflechten, doch nicht durchdrücken konnte, treckt listern seine Finger nach der deutschen Stadt aus. „Danzigs Woban ist polnisch geworden und muß wieder polnisch werden!“, so hat erst kürzlich Polens Vertreter in Danzig, Minister Strömsberger, dieses Verlangen in Worte gekleidet. Zu diesem Zweck verweisen die Polen tagtäglich den deutschen Charakter der Stadt auszuweisen, und sie bedienen sich dazu selbst der „Wissenschaft“ und der „Geschichte“, wie sie diese politischen Zweckmittel nennen.

Die wahre Geschichte Danzigs spricht andere Worte. In den ältesten Zeiten, aus denen wir uns noch eine geschichtlich begründete Vorstellung machen können, in der jüngeren Steinzeit, gehört das Gebiet um die heutige Stadt Danzig dem großen nordischen Kulturkreis an, der sich von Skandinavien über Dänemark, Mecklenburg und Pommern bis zur Weichselmündung ausdehnte. Später, im ersten Jahrtausend vor Christi, entstanden gotische, also germanische Siedlungen in der Danziger Bucht. Die Völkerverwanderung dagegen ließ die germanischen Stämme nach dem Westen ziehen und ihnen folgten päpstlich Slawen. Diese Pomeranen, die Vorfahren der heutigen Kasubien, sind Westslawen, also mit den Polen nicht enger verwandt als die Deutschen mit den Dänen.

Die slawischen Niederlassungen bleiben bedeutungslos. Nur Danzig, dessen Name um das Jahr 1000 auftaucht, gewinnt Bedeutung und wird der Sitz eines von Polen unabhängigen Fürstentums, dessen Nachfolger sich später Herzöge von Pommern nannten. In der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts kamen von Lübeck her deutsche Kaufleute und ließen sich an der Weichselmündung nieder. Gleichzeitig kamen deutsche Bauern und Handwerker und machten das Sumpf- und Schwemmland der Weichsel und Rogat urbar. Am Ende des 12. Jahrhunderts ließen die kasubischen Herzöge deutsche Mönche ins Land, die hier, besonders von Döln, den christlichen Glauben und die deutsche Kultur verbreiteten.

Die friedliche wirtschaftliche Entwicklung Dan-

zigs wurde durch die politischen Wirren des 13. Jahrhunderts und die Streitigkeiten der einheimischen Herzöge mit den Polen unterbrochen, so daß die Bürgerhaft den Anstoß an eine stärkere Macht ergriffte. Schließlich eroberte 1308 der Deutsche Orden die Stadt und das gesamte Land bis zur Webe, der auch sofort an die Schaffung der rüchwürdigen Verbindung mit dem deutschen Stammland ging. Dadurch aber entstand das Gegenstück zu Polen, das schon seit über 300 Jahren danach gestrebt hatte, an die Ostsee vorzudringen. Im Frieden von Kalisch (1310) erlangte der Polentänia Kabinete schließlich „für ewige Zeiten seiner Mächten auf „Pommernellen“ und damit der Möglichkeit des Zugangs zur Ostsee.

Die Vereinigung mit dem Ordensstaat war für Danzig von ungeheurer Bedeutung. Dazu kam noch der Beitritt zur Hanse, was einen ungeheuren Aufschwung in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung herbeiführte.

Ständig der Webe aber kamen die Polen nach Mitteln und Wegen, um doch noch den heftigsten Zugang zum Meer zu erlangen. Das gelang ihnen aber erst, als um das Jahr 1500 der Ordensstaat durch innere Zersetzung geschwächt war und sie sich 1526 mit dem alten Ordensland, dem Großfürstentum Litauen, in Personalunion verbanden. Der Ordensstaat wäre durch die vereinigten Polen und Litauer in der Schlacht von Tannenberg vom Jahre 1410 fast vernichtet worden, hätte nicht der Ordenskomtur Gediminas von Plauen die Marienburg verteidigt und den Kern des Staates erhalten. 4 Jahrzehnte später hatten die Polen einige westpreussische Städte durch Versprechungen an sich gelockt, und diese Völkerverdrängung in deutschen Lager erfüllte ihren Wunsch nach dem Zugang zum Meer. Der Orden war geschlagen, Danzig aber blieb die freie Handelsstadt von ehemals. Es ließ sich alle seine Rechte im Jahre 1467 vom polnischen König in dem „Großen Privileg“ bestätigen. Dem polnischen König war nicht gegönnt, drei Tage im Jahr mit seinem Gefolge in den Mauern Danzigs zu weilen, wo er selbst aufgenommen und bewirtet wurde. Die polnischen Könige bedienten sich im Verkehr mit dem Senat der deutschen Sprache. Von einer polnischen Herrschaft kann nie und nimmer die Rede sein. Das beweist schon, daß die Bürgerhaft sich nicht schon den Krieg zu erklären, als er verurteilt, der Stadt ihre vertriebenen Freiheiten zu rauben. Die Danziger legten bei Weichselmündung.

Die zweite Teilung Polens (1793) vereinigte Danzig und das gesamte Hinterland in deutscher Verwaltung, durch die endlich wieder Ruhe und Ordnung in die zerstörten und verwüsteten Länder einzog.

Dann kam das Schmachtdiktat von Tilsit. Ströben Jahre, von 1806-13, bestand die vom Kaiser geschaffene „freie Stadt“, die nach vielen Jahren des Tiefstandes und nach dem Seiden der französischen Besatzung 1813 endlich wieder in den preussischen Staat zurückkehrte.

Durch die preussische Fürsorge und dadurch, daß der Handel in der Norddeutschen Bucht von dem in der Ostpreussischen glücklicherweise ergänzt wurde, konnte Danzig seine Bedeutung als Handelsplatz erhalten, obwohl die Weichsel nicht mehr wie früher die Verbindungsstraße mit dem Hinterland war.

Diese letzte Wille hörte erst mit dem Versailler Waffenstillstand auf. Deutschland glitt in ein Weltall und mit ihm jant Danzig. Wie es die uralte Geschichte dieser deutschen Stadt beweist, ist ein neuer Aufschwung zur Größe erst dann zu erwarten, wenn Deutschlands Schicksalweg sich wieder gegen Wenden und Danzig wieder wie die vielen anderen abgerissen und geriebenen Teile einbinden dürfen in die große Schicksalsgemeinschaft eines deutschen Reiches der Zukunft.

Volk und Wirtschaft

DDV-Freimaurer

Deutsche Kaufmannsgehilfen am Gängelband überstaatlicher Mächte — Deutsche DDV'er, wie lange wollt ihr noch Exponenten des internationalen Weltmureriums dulden?

Nachstehend bringen wir die Abschrift eines persönlich gehaltenen Mundschreibens des Eigenkandidaten der „Deutschen Volkspartei“ im Wahlkreis Halle-Merzbürg, Robert Heidenreich, an seine Freimaurerkollegen. Dasselbe Herr Heidenreich ist Mitglied des D.D.V. und auch vom D.D.V. in Berlin-Mitte zum Mundschreiben wärmstens für die Wahl empfohlen worden:

Robert Heidenreich
Halle a. S., d. 12. April 1932.
Deinrichstraße 9.
Bernspr. 21452
Bankkonto: H. J. Lehmann, Halle.

Herrn

Sehr verehrter und gel. Hr.!

Der Anregung einiger Hr. nachgebend habe ich mir, Ihnen diese Zeilen zu schreiben. Wie Ihnen wohl bereits bekannt geworden ist, kandidiere ich am 24. April wieder zum Christlichen Landtag und zwar habe ich die Eigenkandidatur für die beiden Wahlkreise Halle-Merzbürg und Magdeburg, so daß ich also bestimmt wieder in den Landtag einziehe. Was mir Hr. von einer D.D.V.-Mitgliedschaft, brauche ich Ihnen, gel. Hr., wohl nicht erst zu sagen. Jedenfalls bringt der jetzt einsetzende Wahlkampf uns das besonders deutlich zum Bewußtsein, denn in keinem früheren Wahlkampf habe ich mich als Hr. so beschimpfen lassen müssen als das jetzt von den Nazis geschieht.

Der Kampf wird also hart und — wie es heißt — heiß. Nun weiß ich, l. Hr., daß heute jeder einzelne zu kämpfen hat, trotzdem appelliere ich Sie mit der Bitte: Helfen Sie mir nach meinen Kräften meinen Kampf zu führen und leiten Sie — nicht der Partei — sondern Ihrem Hr. einen Beitrag für diese Wahl. Auch die kleinste Spende hilft mir im Kampf gegen unsere gemeinsamen Gegner.

Indem ich Sie bitte, mir dieses Schreiben nicht verfallen zu lassen, es so aufzufassen zu wollen, wie ich es im Sinne unserer A.A. gemeint habe, hoffe ich zuverlässlich auch von Ihnen recht bald etwas zu hören.

Ihre Spende können Sie auch auf mein Bankkonto Leipzig Nr. 27715 einbringen.

Dersel. Hr. Dank im Voraus und ich verbleibe

mit besten Grüßen

Ihr treuer Hr.

Robert Heidenreich.

Dieser Herr Heidenreich ist kein einfacher Mitglied, sondern gehört dem Ausschlußrat des D.D.V. an.

Hier ist nur ein kleines Näddchen aus dem Netz herausgekommen worden, das heute anstößt, aber umso fester unser politisches und

wirtschaftliches Leben überzieht, daß dürfte schon die Kenntnis hiervon genügen, um manchem D.D.V.-Mann die Augen über gewisse Zusammenhänge zu öffnen. Jetzt steht, daß sich diesem Mundschreiben klar und deutlich hervorzieht, daß dieser Herr Heidenreich sich nicht als Vertreter des D.D.V. und der Interessen seiner Mitglieder fühlt, von denen er gewählt werden soll, sondern lediglich als Freimaurer in den Landtag geschickt werden sollte — und auch nichts anderes will und kann, als die dunklen Pläne der Freimaurerei zu fördern. Die D.D.V.-Mitglieder, die solche Männer in die Parteipostellungen wählen und sie in der Führung ihres Verbandes dulden, brauchen nicht erstaunt zu sein, wenn die Zeiten nachher etwas anders aussehen als die jetzigen.

Tribute vernichten die Reichsbahn

Herausnahme aus dem Tributwahnwitz oder Unterschreitung der Betriebs-Sicherheits-Grenze?

Berlin, 4. August. (Eigenbericht.) Der sieben veröffentlichte Abschlußbericht der Reichsbahn für das Jahr 1931 stellt eigentlich nichts weiter dar, als die Zusammenfassung jener Katastrophenergebnisse, die Monat für Monat von diesem größten Wirtschaftsunternehmen Deutschlands und Europas vorgelegt worden sind. Wenn man jedoch die nackten Zahlen dieser Veröffentlichung betrachtet, so wird man sich der ganzen Zurückbarkeit erst so recht bewußt, die darin liegt, daß so viele in der gesamten übrigen Wirtschaft auch hier mit gesunden Anlagen ein mörderisches politisches Spiel getrieben wird.

Die nackten Zahlen, was besagen sie? — Nun, kurz zusammengefaßt, daß der Güterausfuhr durch die Eisenbahn, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, auf den Stand der Jahre 1913/14 zurückfiel. Die Einnahmen mußten natürlich entsprechend zurückgegangen sein, und so betragen sie denn auch mit 721 Millionen RM. 16 v. H. weniger als 1930 und 28 v. H. weniger als 1929. Und da infolgedessen keinerlei Möglichkeit bestand, dementsprechend bei der Verringerung der Ausgaben gleichen Schritt zu halten, so mußte sich als Folge für die Finanzführung des Jahres 1931 eine Aufzehrung der gesch-

Marginalistische Korruption

Sozialdemokrat unterschlägt Gewerkschaftsgelder

Wuppertal, 4. Mai. Bei einer Revision kam man Unterhaltungen eines Sekretärs der Ortsgruppe Wuppertal des freien Gewerkschaftlichen Fabrikarbeiterverbandes auf die Spur. Die veruntreute Summe soll sich auf 4500 Mark belaufen. Während der Sekretär behauptet, daß ihm das Geld gestohlen worden sei, wurde durch die Revision jedoch festgestellt, daß die veruntreuten Beträge durch Fälschungen verschleiert wurden. Gegen den ungetreuen Sachverständigen wurde Strafantrag gestellt.

Kaum eine Woche vergeht, wo nicht irgendwelche sozialdemokratische Unterhaltungen und Korruptionsfälle aus Tageslicht kommen. Die marxistische Journalistik, die nicht genug über „Nazi Korruption“ plärren kann und sich diesbezügliche Leute erfindende Broschüren leistet, hält sich natürlich in tiefstem Schweigen. Um so mehr wird gerade in Zukunft die NS-Presse auf dem Posten sein, um

dem deutschen Volke zu zeigen, wie die 1918 hochgeschwemmten Bongen das Leben in Schmutz und Mühe aufsaugen und wie sie sich am Rücken der Großen der Armen ein sorgenfreies Leben verschaffen.

Frankreich greift nach der Donau-Schiffahrt

Wenn nicht durch besonders glückliche Umstände im letzten Augenblick noch eine Wendung zum Besseren eintritt, so ist nach den aus Österreich vorliegenden Meldungen eine Liquidation der Ersten Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft AG. nicht mehr zu vermeiden. Wenn ein christlich-sozialer Wiener Blatt davon spricht, „gewiss“ (in anzuwachen) drängten auf eine Liquidation der österreichischen Donauschiffahrt, so ist es sehr einfach, zu erraten, wer hierbei der treibende Faktor ist. Die Zertrümmerung der österreichischen Donauschiffahrt soll lediglich auf Frankreich zurückgeführt werden, das auf diese Weise den Binnenwasserstraßenverkehr auf der Donau in seine Hand bekommen will. Zu welchem Zweck das geschehen soll, ist ebenso leicht zu erraten. Es sind dies alles Vorbereitungen für die zwangsweise Durchführung der Pläne Tardieu's im Donauraum, der zu einer Kolonie Frankreichs gemacht werden soll. Hat man erst einmal Eisenbahn, Post, Schiffahrt und Banken in seiner Hand, dann ist es nicht schwer, den politischen Schlußfolger unter die ganze Entwicklung zu legen, der bisher von deutscher Seite nahezu tatenlos zugeesehen worden ist.

Der Pleitegeier lebt noch!

Aus dem Reichs-Wirtschaftsministerium erg. führt der Preussische Pressedienst der NSDAP, daß im Monat April 1930 neun Konkurse, ohne die wegen Mangel an Masse abgelehnten Anträge auf Konkurs, eröffnet und 742 eröffnete Vergleichsverfahren stattgefunden haben.

Reichsrat

Am Mittwoch, den 4. Mai, nachmittags 6 Uhr, wird der Reichsrat eine Vollsitzung abhalten, in der nur kleinere Vorlagen zur Beratung liegen. Es soll u. a. auch eine Umbildung des Verwaltungsrates der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosen-Versicherung vorgenommen werden, ferner soll eine Gebietsordnung der Deutschen Verkehrs-Anstalt für Luftfahrt e. V., die als Prüfstelle für Luftfahrzeuge tätig ist, erlassen werden.

Die französische Emella

Bedeutende Verluste der Münchener Wikipielbank AG. (Emella).

Die jetzt erschienenen Geschäftsjahresberichte für 1929/30 u. 1930/31 weisen einen Verlust von 3.492.000 Reichsmark auf. Der Münchener Emella ist auf die Veränderung des Aktienkapitals zurückzuführen, der eine einheitliche Geschäftsführung unmöglich machte. Ramend der Aktionäre wies der nationalsozialistische Münchener Anwalt darauf hin, daß auch die einheitliche Parteinarbeit für Hindernisse, die in der Ausführung des Propagandabüros „Emella“ gelegen habe, der Emella sehr schadet habe.

Das ist „System“!

Bankrottprotest bei einer Zwangsversteigerung. Remmünster. In Werdsholmsdorf wurde der Hof des Reichers H. Euseb Ziegelsch geäußert. Vor wenigen Jahren hatte Euseb den großen Hof, der sich bisher im Besitz eines Reichsstaatsbeamten befand, zum Preise von rund 100.000 Mark erworben. Er richtete eine Kontrollmischwirtschaft ein, die noch heute auf floriert und stellte sein ganzes Vermögen in den Hof hinein. Als Euseb dann in Zahlungsschwierigkeiten geriet, kam er zur Versteigerung des Hofes, das der frühere Gutsherr nunmehr für 60.000 Mark wiedererlangte. Zahlreiche Bauern aus der Umgebung hatten sich zum Protest gegen die gerichtliche Zwangsmaßnahme der Räumung eingefunden. Ihr Einpruch war jedoch erfolglos; die Räumung wurde durchgeführt.

Stocholm. Wie jetzt bekannt wird, hat Jozef Kreuger sich am Tage vor einer Konferenz schwedischer Großbanken erschossen, die wahrscheinlich seine Nachbarnschaften am Tag gebracht hätte.

Düsseldorf. Die am Dienstag in Düsseldorf fortgeführten Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband der Nordwestlichen Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie und den Metallarbeiterverbänden über ein Kurzarbeitsabkommen sind ohne Ergebnis geblieben. Schwierigkeiten ergaben sich vor allem in der Frage der Einführung der 40-Stundenwoche. Man will verhoffen, in internen Besprechungen die Angelegenheit bis Freitag zu klären.

Ueberflüssiges Gegacker

Der bankrotte Liberalismus meldet sich wieder

Berlin, 4. Mai. Der „Sanitätsbund für Handel, Gewerbe und Industrie“ hielt in Berlin wieder einmal eine Tagung ab, die von den liberalistischen-bürgerlichen Gazetten über Gebühr aufgebauscht wird.

In diesem Bunde, der verzeihlich um eine politische und wirtschaftliche Renaissance bürgerlich-individualistischer Interessen ringt, hat sich eine recht sonderbare gemischte Gesellschaft zusammengeschlossen. Vom Reichsverband der Pfandleiher, dem des „Bank- und Bankier-Gewerbes“ bis zu dem Waren- und Kaufmann finden wir dort die Vertreter und Syndiker aller möglichen Fachverbände unter Führung des Staatsparteilichen Abgeordneten Dr. Fischer. Die „bürgerliche Welt“ so laßt man, will man reiten, und entwickelt sich dabei zum Vortrupp des internationalen Kapitalismus, dessen chaotisches System gerade den deutschen selbständigen Mittelstand genau wie den Arbeiter im Norden fressen. Das Profitbürgertum des Vortriebsdeutschland hat in diesem Zeichen zum Schaden des Staates seine Wirtschaftspolitik ohne jeden Sinn für allgemeine volkswirtschaftliche Interessen geführt. Die Folge war das Grab der schaffenden deutschen Schichten, auf dem das internationale Kapital seinen Siegeszug baute. In den Opfern gehörte auch das ehemals selbständige deutsche Bürgertum, dessen immer noch offizielle Vertreter immer noch nicht einsehen wollen, daß in diesem liberalistischen Wirtschaftssystem für die deutsche Arbeit kein Platz ist.

Auch diese Sanitätsbundtagung bewies erneut die Ideologie jener „Wirtschaftsvertreter“, die über staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsleben klagen und die Mitangeklagten liberalistischen Interessenvertreter unter den Tisch fallen lassen. Der Liberalismus, den der Sanitätsbund vertritt, ist trotz aller triumphalen Gegenäußerungen vom gleichen Stande wie der ebenfalls internationale Marxismus. Das am 9. Nov. 1918 errichtete demo-

kritische System bedeutet einen Kompromiß beider Anschauungen in Staat und Wirtschaft. Der Sanitätsbund und seine staatsparteilichen Hintermänner haben darum kein Recht, sich über die Wirtschaftspolitik des letzten Jahrzehnts zu beklagen, auf dessen Strecke der selbständige Mittelstand, liegen blieb. Man versucht auf diese Art lediglich den deutschen Mittelstand — irre zu führen, zeigt ihm falsche Fronten auf. Man will die kleinen und mittleren Vertreter, die heute noch ihre Betriebe und Geschäfte halten konnten, weiter in das Gefäß der internationalen Kapitalisten, lassen einpflanzen und sofort sich darum nicht, ausdrücklich die gegenwärtige Finanz- und Bankpolitik anerkennen und vom „Phantom der Autarkie“ zu predigen, und nimmt dafür dann die staatsbürgerliche Gewinnung in Erbpacht.

Nun, von den Reden und Schriften des Sanitätsbundes, dem Profitkapitalismus der Syndici wird man auch kaum satt werden. Besondere Sorgen bereitet diesem Gremium, daß ihre Interessen keine politische Vertretung mehr finden; nun, das wäre doch noch die Staats- und Wirtschaftspolitik! Die Parteien sind schon da; nur das Volk, der deutsche Gewerbetreibende und Mittelständler hat ihnen längst die Gefolgschaft aufgekündigt, ebenso wie dem Sanitätsbund, der dafür noch die Vertreter der zahllosen Reichsverbände ins Treffen führt und damit nun eine „Volksgemeinschaft“ gründen will. Die wahrhaft Notleidenden haben für diese Experimente keine Verwendung; die Bauernhäuser, Bankiers und die anderen Interessentenverbände und deren Syndici aber werden mit dem Sanitätsbunde nicht anfallen können, daß die schaffenden deutschen Stände die wahren Schuldigen ihrer Not erkennen und dem chaotischen Zustand und seinen Uebelhebern als Kämpfer für den „romantischen Sozialismus“ der NSDAP, ein Ende setzen.

lichen Reserven ergeben. Die Reichsbahn begann deshalb das Jahr 1932 ohne jeglichen Mitteln, und das in einer Zeit, da die Ausgaben für den Betrieb die übersteigende Grenze dessen erreicht haben, was sich ein Unternehmen, wie die Reichsbahn es ist, leisten kann:

Die Grenze der Betriebs-Sicherheit!

Durch Notverordnungen ist, wie man weiß, eine Drohung der Personalansagen erfolgt, aber diese stehen dennoch in einem starken Mißverhältnis zu den Betriebsereignissen. Und trotz alledem ergibt sich — ein Betriebsüberblick von rund 226 Millionen RM. Und hier beginnt die eigentliche Tragödie. Dieser Betriebsüberblick würde nämlich sich nur dann praktisch auswirken können, wenn man nicht die Tributlasten einrechnen müßte. Berücksichtigt man nämlich die Reparationslasten in Höhe von 635 Millionen RM., so entsteht aus dem Betriebsüberblick — eine Mehrausgabe von 408 Millionen RM. Die Reichsbahn steht in der schwersten aller Wirtschaftskrisen mit einem Betriebsüberblick; da sie konnte ferner in dieser Zeit den ihr anvertrauten Vermögensbestand gesund erhalten, so daß sie bei wiederanstehender Betriebsentwicklung und bei kaufmännischer Geschäftsführung wieder betriebsfähig, betriebsfähig werden könnte. Da sind aber die politischen Faktoren, die bei steigenden Einnahmen umso drückender werden, weshalb es, wie es in der leider so zurückgebliebenen Sprache des Reichsabschlusses heißt, dem Unternehmen außerordentlich schwer, wenn nicht unmöglich gemacht wird, seinen volkswirtschaftlichen Aufgaben voll gerecht zu werden. Der Hooverplan hat eine „Erleichterung“ für die Lastenlage gebracht, bedeutete aber im großen und ganzen lediglich eine Erhöhung der Schuldlasten. Wenn also die Reichsbahn-Gesellschaft nicht sofort und endgültig aus dem Tributwahnwitz herausgenommen wird, so ist sie verloren, denn dann wird sie gezwungen sein, entweder mit Stilllegungen zu beginnen, oder aber — was praktisch unmöglich ist — unter die Grenze der Betriebsicherheit herunterzugehen müssen.

Reichsbahn hat sich mit ihren Arbeitern „geeinigt“

Wie wir von der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft erfahren, haben die von ihr mit dem am Lohnstarifvertrag beteiligten Gewerkschaften über die Einleitung von Feiertagen geführten Verhandlungen zu einer Einigung geführt. Die sonst noch Anstalt der Reichsbahn erforderlich gewesene Entlassung von nahezu 20.000 Reichsbahn-Arbeitern soll damit im wesentlichen überflüssig geworden sein. Man rechnet nur noch mit „geringfügigen“ Entlassungen. Die Einigung wurde auf der Basis erzielt, daß a. B. in den Auslieferungswerten bis zu dreizehn Feiertagen im Vierteljahr, also bis zu einer Feiertagszahl pro Woche, eingelegt werden können. Bis zu drei Feiertagen pro Monat sind vorgegeben für die Bahnbetriebswerke und die Betriebs-Wagenwerke, sowie für die Arbeiter auf den Güterböden usw.